Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

232 (4.10.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-454543

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 150.00 Mark, dazu 11.00 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 150.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 450.00 Mark, monatlich 150.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 7 Mk.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 4.00 Mk. berechnet, Familien-Anzeigen 3.00 Mk., für Anzeigen aus wärtiger Inserenten 6.00 Mk., Anzeigen im Reklameteil die 4-Millimeterzeile 25.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland – Oldenburger Volksblatt

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Mittwoch, 4. Oktober 1922 * Nr. 232

Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Die „Meuterer" von Lötzen vor Gericht.

(Eigener Bericht.) Im Arbeitssaal des Gefängnisses in Lyck begann am Freitag der Prozeß gegen 96 Angehörige der 9., 10. und 11. Kompagnie des Reichswehrregiments 2 in Lötzen. Die Verhandlungen wurden geführt von der Strafkammer des Landgerichts Lyck.

Die Beweisaufnahme ergab folgendes: In der 9. Kompagnie des genannten Regiments war gegen den stellvertretenden Kompagnieführer Oberleutnant Peschel starke Mißstimmung entstanden, weil er u. a. die Mannschaften mit „Sie Schweinhund" titulierte, ihnen drohte: „Ich schlage Sie in die Schnauze, daß Sie in die Ecke fliegen!" und auf einem 30 Kilometer langen Uebungsmarsch trotz Bitten des Vertrauensmannes das Bereitstellen von Wasser verweigerte. Aehnliche Verhältnisse waren in der 10. Kompagnie vorherrschend. Auch hier wurden die Mannschaften durch den Kompagnieführer Hauptmann Schüler mit gleichen Ausdrücken bedacht. Schüler ritt ferner in Bewegung befindliche Kolonnen hinein und kürzte nach Gutdünken den Urlaub der Soldaten. Er bestreitet zwar, in Kolonnen hineingeritten zu sein, gibt aber zu, daß er hinter langsamen Leuten hergeritten ist, um sie zum schnellen Laufen zu veranlassen und bestreitet nicht, scharfe Ausdrücke gebraucht zu haben, wenn er sich auch nicht entsinnen kann, daß Worte wie „Schweinhunde" bei ihm Anwendung fanden. Dagegen behaupten mehrere Angeklagte, daß Schüler einmal äußerte: „Ihr Schweinhunde, Ihr Lümmels, ich werde Euch durch Märsche am Sonnabend und am Montag das Bummeln am Sonntag austreiben!" Tatsächlich wurden solche Märsche auch angesetzt. Die durch diese Zustände hervorgerufene Mißstimmung erfuhr durch folgende Vorgänge eine weitere Steigerung: Am 7. Juli sangen einige Leute der 9. Kompagnie im Lesezimmer Arbeiterlieder, darunter das bekannte „Wer schafft das Gold zutage". Der Unteroffizier vom Dienst untersagte das Singen, worauf von den beteiligten Mannschaften einige Disziplinlosigkeiten erfolgten. Der Unteroffizier stellte die Namen der Mannschaften fest und meldete sie. Am Sonntag den 9. Juli trafen sich zufällig mehrere der daran beteiligten Mannschaften in einem Tanzlokal. Sie besprachen dann später in einer improvisierten Versammlung im Walde, was zu tun sei, um einer Bestrafung zu entgehen. Es wurde beschlossen, am Montag nach dem Stadtwalde eine Versammlung einzuberufen, die aber den Vorgesetzten geheimgehalten werden sollte. Diese Versammlung wurde von ungefähr hundert Leuten verschiedener Kompagnien besucht. Folgende Forderungen, die den Offizieren vorgetragen und eventl. mit Gewalt durchgeführt werden sollten, fanden Annahme: Auszahlung der Teuerungszulage, bessere Behandlung, weniger Dienst, Entfernung der Kaiserbilder und gewisser mißliebiger Offiziere. Geschlossen sollte dann zum Offiziierskasino marschiert werden. Auf dem Kasernenhof kam es nunmehr zu den bekannten Vorgängen, in deren Verlauf mehrere Soldaten, die sich mit Waffengewalt Eingang in die von Unteroffizieren besetzten Kasernentüren verschaffen wollten, in Haft genommen wurden. Andere gehegte Pläne, wie die Feste Boyen zu besetzen, falls der Putsch fehlschlagen sollte, kamen nicht zur Ausführung. Auch die Auffassung unklarer Köpfe, eventl. die öffentlichen Gebäude zu besetzen und die Offiziere, soweit sie sich mißliebig gemacht haben, zu verhaften, oder gar eine Arbeiterregierung ins Leben zu rufen, blieb lediglich ein Hirngespinst. Bei der Propaganda dieser unklaren Ideen hat ein anscheinend als Lockspitzel dienender Mann des Regiments Plenkert eine unaufgeklärte Rolle gespielt. Das Gericht ging auf die Tätigkeit dieses Mannes nicht ein; ebenso wurde er in der Urteilsbegründung nicht erwähnt. Ein Zusammenhang der Vorgänge mit kommunistischer Agitation konnte nicht einwandfrei festgestellt werden. Das Gros der Beteiligten ist nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme als törichte Mitläufer zu betrachten, die sich über die Folgen ihres Tuns durchaus im Unklaren waren. Hinzu kommt, daß über das Versammlungsrecht der Mannschaften, insbesondere über die einzuholende Genehmigung zu Versammlungen, überhaupt keine Instruktion erteilt war.

Der Staatsanwalt beantragte für die Hauptbeteiligten Gefängnisstrafen von zwei Jahren zwei Monaten bis ein Jahr sechs Monaten, für die übrigen Gefängnisstrafen von zwei bis sechs Monaten und darunter. Jahn Angeklagte wollte er freigesprochen wissen. Er nannte die Tat einen Dummenjungenstreich, der aber stumptomatisch sei für die Zeit, in der wir leben und besonders deshalb so hart bestraft werden müsse, weil er so ernste Folgen hätte haben können. Unfaßbar war dem Staatsanwalt, daß eine deutsche Truppe meutern konnte, weil der Dienst zu schwer sei und weil die Kaiserbilder noch nicht entfernt worden waren. In der Revolution 1918 hätten wir Aehnliches hinnehmen müssen, doch seien jetzt andere Zeiten. Er spricht in menschlichem Tone von den „Freiheitsliedern", die die Soldaten gesungen hätten.

Nach mehrstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Stahl, das Urteil. Die Hauptbeteiligten Posingies und Lobert erhalten je drei Jahre zwei Monate Gefängnis, Jankowski und Haselow je ein Jahr und sechs Monate wegen Aufruhr mit der Waffe, Abhaltung von geheimen Versammlungen usw. Die übrigen Angeklagten werden geringer bestraft. Die Strafen schwanken zwischen einem Jahr und drei Monaten; mehrere Beteiligte erhalten zwei Monate Gefängnis. Einer wird mit drei Wochen Mittelarrest bestraft. 19 Angeklagte werden freigesprochen. Der Mehrzahl der Beteiligten wird Strafaufschub gewährt, soweit ihre Strafe sechs Monate nicht übersteigt. Die Untersuchungshaft soll allen Angeklagten mit zwei Monaten zwei Wochen angerechnet werden. Mit Ausnahme der vier genannten Hauptbeteiligten werden alle Angeklagten aus der Haft entlassen.

So endete nach zweitägiger Verhandlung ein törichtes Unternehmen mit der Verurteilung von 77 jungen Menschen, die sich zum größten Teil über die Folgen ihrer Tat nicht im Klaren waren. Im Verlauf der Gerichtsverhandlung hatte man den Eindruck, daß das Gericht sich bemühte, Klarheit über die eigentlichen Gründe der Verfehlungen zu schaffen, daß der Gerichtshof aber aus Männern zusammengesetzt war, die in der alten Zeit ihr Ideal sehen und die es als ein großes Vergehen betrachten, wenn von Reichswehrangehörigen Arbeiterlieder gesungen werden. Das Wort Republik wurde während der Verhandlung nie erwähnt. Staatsanwalt, Vorsitzender und die geteilten Rechtsanwälte sprachen nur vom deutschen Vaterland und bemühten sich eifrig, die „jetzigen trüben Zeiten" im Gegensatz zu vergangenen Tagen zu stellen, so eine derartige „Meuterei" unmöglich gewesen wäre.

*

Aus der Zeugenvernehmung ist noch ein interessanter Fall zu berichten: Ein Zeuge, Drinkmann, belastet einen der Angeklagten recht schwer, indem er behauptet, der Angeklagte hätte die Entfernung der Offiziere verlangt. Unwidersprochen von dem Zeugen Drinkmann stellt der Angeklagte fest, daß der Zeuge aus Anlaß des Mordes an Rathenau äußerte: „Das ist gut, daß das Schwein fort ist, es werden noch andere folgen." Er, der Angeklagte, habe sich in der Form geäußert: „Es ist doch sonderbar, daß immer ehemalige Offiziere an solchen Morden beteiligt sind. Reaktionäre Offiziere müßten aus der Reichswehr entfernt werden." Der Angeklagte, übrigens sonst wenig belastet, ist aus der Reichswehr entlassen. Der Zeuge, der sich über den Mord an einem Minister der Republik freut und das unverhohlen äußert, ist heute noch Angehöriger der Reichswehr.

Der Bankerott der „freien Wirtschaft".

Auf dem Verbandstage der Katholischen Arbeitervereine in Essen wurden außerordentlich lebhafte Klagen über die Wirkung der Teuerung auf die Lebenshaltung der Arbeiter laut. Düsseldorfer Vereine brachten eine sehr scharfe Resolution in dieser Richtung ein. Reichs-Postminister Giesberts, der den Verhandlungen beiwohnte, führte folgendes aus:

Ich werde nicht verfehlen, die lebhaften Schilderungen und Beschwerden an geeigneter Stelle mit zur Sprache zu bringen. Ich bitte aber, nicht die Regierung allein für die Dinge verantwortlich zu machen. Der Abbau und die Aufhebung der Zwangswirtschaft wurden seinerzeit nicht nur von den Interessenten, sondern von weiten Kreisen der Arbeiterschaft verlangt. Ich bin der Meinung, wenn man damals die Dinge hätte übersehen können, so würden wahrscheinlich die wichtigsten Lebensmittel weiter rationiert worden sein. Bei allen Mißständen, die die Rationierung zweifellos mit sich brachte, hatte sie doch das eine Gute, daß sie auch dem ärmsten Haushalt ein Mindestquantum von Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen ermöglichte. Wenn man davon auch nicht vollständig satt wurde, so war es doch wenigstens ein beruhigendes Bewußtsein, vor der äußersten Not geschützt zu sein.

Der Reichs-Postminister erklärte dann weiter, daß man mit einer Verdreifachung des Brotpreises rechnen müsse und zwar vom 1. November ab. Die Regierung werde dann wahrscheinlich nicht um die Tatsache herumkommen, zum gleichen Termin die Zwangswirtschaft für Brot, Fett und Milch wieder einzuführen.

Jetzt, wo es zu spät ist, kommt auch beim Zentrumsminister Giesberts endlich die Einsicht über den Segen der „freien Wirtschaft". Die Arbeiter aber werden nicht vergessen, daß es gerade die Partei des Herrn Giesberts war, die den Sturm der Agrarier auf die Zwangswirtschaft rege unterstützt hat.

Wahnwitzige Profitwirtschaft.

Der Aufsichtsrat der Harkortschen Bergwerke und chemische Fabriken A.-G. in Gotha beschloß die Ausschüttung einer Dividende von 50 Prozent und eines Jubiläumsbonus von 100 Prozent, zusammen also 150 Prozent auf das Stammkapital vorzuschlagen. Diese Gesellschaft schwimmt so in den Profitmillionen, daß außerdem noch beschlossen wurde, den Werksangehörigen aus Anlaß des 50jährigen Bestehens eine Jubiläumsspende von insgesamt fünf Millionen Mark auszusetzen, den Gemeinden, in denen die Werksangehörigen ansässig sind, einen Betrag von insgesamt fünf Millionen für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung zu stellen und der Pensionskasse der Gesellschaft zwei Millionen zu überweisen.

Die Junglehrernot in Preußen.

Die Zustände der Anstellungsnöte der Junglehrer in Preußen sind nicht länger erträglich. Das Reich hat begonnen, einen Druck auf die preußische Regierung auszuüben; es hat eine Reihe von Gedanken an sie herangetragen, die wertvolles Material zur Lösung der Junglehrerfrage darstellen. Die preußische Regierung hat bisher die ganze Angelegenheit durch Schönrederei behandelt, über tönende Worte ist man nicht hinausgekommen. Dabei gibt es in Preußen rund 10 000 überfüllte Schulen, es gibt Klassenbesetzungen bis zu 130 Schülern, es gibt Gelegenheit genug, zu zeigen, daß man die Bildungsnot und die Anstellungsnot gleichzeitig beseitigen kann. Mag es nicht leicht sein, die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich der Schaffung neuer Schulstellen entgegenstellen. Das Unterrichtsministerium ist dazu da, diese Aufgabe zu lösen, es ist verpflichtet, das alte Unrecht der preußischen Schulklassenüberfüllung aus der Welt zu schaffen. Das gebietet allein die Sorge für die Hebung der Volksbildung, ganz abgesehen von der Notwendigkeit, den Lehrernachwuchs zu beschäftigen und zu versorgen.

Wenn man die bisherige Tätigkeit der preußischen Regierung mitansieht, muß man auf das lebhafteste beunruhigt werden darüber, ob die Unterrichtsbehörde ihre Aufgabe auf diesem Gebiete wirklich erfaßt hat. Der Geist, wie er sich aus dem bisherigen Verhalten offenbart hat, ist nicht der Geist eines reformfreudigen und entschlußkräftigen Unterrichtsministeriums, wie das immer noch führende deutsche Land ein solches braucht. Mit den ewigen Erwägungen und Betonungen der Schwierigkeiten ist es nicht getan; der Worte sind jetzt genug gewechselt, man will Taten sehen. Das Elend der jungen Lehrer schreit zum Himmel; die alte überlieferte Schulnot der überfüllten Klassen liegt vor aller Augen. Es braucht ein entschlossenes Zupacken, und beide Nöte sind gemildert oder abgestellt. Geschieht das nicht, so muß man an dem Willen und der Fähigkeit der verantwortlichen Stellen zweifeln, die Fragen in ihrer ganzen furchtbaren Ernsthaftigkeit zu sehen. Solange dieser Notstand nicht behoben ist, dürfte man eigentlich im preußischen Unterrichtsministerium nicht ruhig schlafen.

Ein erledigter Fall.

Von der sozialdemokratischen Fraktion des Bayerischen Landtages wird uns geschrieben: Eine gemeinschaftliche Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der Landesgentrale und Vertreter der vier Bezirksverbände der Partei hat dieser Tage in München zu den in letzter Zeit gegen den Genossen Auer von verschiedenen Seiten gerichteten Angriffen Stellung genommen. In eingehender Aussprache wurden die einzelnen Vorkommnisse, die zu den Angriffen Anlaß gaben, einer kritischen Würdigung unterzogen. Dabei wurde u. a. dem Antrag der Nürnberger Funktionärversammlung entsprochen die Rosenstraus-Angelegenheit auch nach der politischen Seite hin erörtert und Auers Handlung in diesem Falle mißbilligt. Damit ist der „Fall" Auer für die Partei-Instanzen erledigt.

Jubiläum der tschechischen Sozialdemokratie.

In Prag wurde der Kongreß zur Feier des Beginns der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Böhmen vor 50 Jahren eröffnet. Es beteiligten sich über 1200 Delegierte, ferner eine große Zahl von alten Mitarbeitern. Nach der Eröffnungsansprache des Parteivorsitzenden Gen. Anton Nemec begrüßte namens der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Wollenbuhr den Kongreß; hierauf namens der deutschen Sozialistischen Partei in der Tschechoslowakei Senator Gen. Nießner, der unter stürmischem Beifall die Hoffnung betonte, daß die deutsche und die tschechische Arbeiterschaft bald die heutigen Meinungsverschiedenheiten beilegen und gemeinsam in der Republik für die gemeinsamen Interessen arbeiten werden. Es folgten Begrüßungsansprachen der Genossen Kiefer (Dänemark), Vorwurfel (Wien), Ajola (Georgien) und Matuszek (Ukraine). Als erster Festredner schilderte Genosse Dr. Soukup die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die zweite Festrede hielt der Präsident der Nationalversammlung Gen. Tomaschek, der die weiteren Aufgaben der Partei skizzierte. Das Präsidium und Ehrenpräsidium des Kongresses wurde von Präsident der Republik empfangen. Unter den Gästen war auch Wollenbuhr. Präsident Masaryk betonte in seiner Ansprache an die Deputation, daß die Republik die notwendige Voraussetzung für die sozialen Reformen darstelle. Die Erhaltung und die Vervollkommnung der Republik erfordere unter den gegebenen Kulturbedingungen einen bedeutenden Grad politischer Bildung, Voraussicht und Geschicklichkeit. Es ist ein besonderer Zufall, fuhr der Präsident fort, daß Sie an dem Tage zu mir kommen, an dem ich über die Rekonstruktion der Regierung verhandeln werde. Ich zähle auf Sie, ebenso können Sie auf meine Loyalität rechnen.

Die Lage im Saargebiet.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben: Der Bericht, den der Vorsitzende des Finanzausschusses der französischen Deputiertenkammer Dariac auf Grund einer Dienstreise im besetzten Gebiet der französischen Regierung erstattete, hat in der Oeffentlichkeit erhebliches Aufsehen erregt. Aus dem Bericht, der die Abtrennung der Rheinlande vorschlägt, ist indessen eine Tatsache nicht bekannt geworden, die für die französische Rheinlandspolitik hochbedeutsam ist. Bisher hat man die Bevölkerung in der Weise zu beeinflussen versucht, daß man erklären ließ, die Besetzung würde nicht eher ein Ende finden, bis Deutschland seine Reparationsverpflichtungen auf Heller und Pfennig erfüllt hätte. Frankreich würde außerdem solange seine Truppen nicht zurückziehen, solange die Rheinlande zu Preußen gehören. Es wurde der Bevölkerung gesagt, die Besetzung würde dann ein Ende nehmen, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt seien, die die Rheinlande selbst erfüllen könnten. Der Bericht des Herrn Dariac enthüllt diese Versprechungen als einen Volksbetrug größten Stils. Als Hauptziel der französischen Politik fordert er nämlich ein freies Rheinland — unter dem militärischen Schutz Frankreichs und Belgiens.

Diese Pläne sind keine Phantasiereien. Das Pariser „Journal" hat selbst erklärt, Poincaré habe sie gebilligt und noch ist diese Behauptung des Generals nicht dementiert worden. Daß Frankreich nicht daran denkt, seine Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen, das haben wir Saarländer am eigenen Leibe erlebt. Bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages konnte die Anwesenheit französischer Truppen vielleicht noch mit Rechtsgründen belegt werden. Von diesem Zeitpunkt an war aber ausdrücklich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eine örtliche Gendarmerie vorgeschrieben. Was geschah? Flugs verwandelten sich die französischen Besatzungstruppen in „Garnisontruppen". Das hinderte natürlich nicht, daß man nach wie vor gegen Recht und Gesetz saarländische Arbeiter trotz aller deutschen Proteste vor französische Kriegsgerichte schleppte.

Frankreichs imperialistische Politik verfolgt im Saargebiet die gleichen Pläne, wie sie im besetzten rheinischen Gebiet verfolgt werden. In dankenswerter Weise hat Herr Dariac diese Pläne aufgezeigt, wir werden dafür Sorge tragen, daß sie der Bevölkerung im besetzten Gebiet nicht unbekannt bleiben.

Dolchstoß überall!

In Griechenland hat die militärische Niederlage eine Revolution zur Folge gehabt, die den König Konstantin zur Abdankung zwang. Und was tut dieser? Er beeilt sich, der Welt mitzuteilen, daß die griechische Niederlage nur die Folge des revolutionären Dolchstoßes gewesen sei! Der griechische Außenminister Streit hat einem Sonderberichterstatter von Havas in Genf erklärt: Zweifellos sei die Front ständig von der venizelistischen Propaganda bearbeitet worden. Infolgedessen sei unter den Frontsoldaten eine gewisse moralische Uneinigkeit entstanden und so sei die Niederlage gekommen. Bezeichnenderweise bringt die „Tägliche Rundschau" diese Meldung unter der Spitzmarke: Der griechische „Dolchstoß", wobei sie das Wort Dolchstoß in ironische Gänsefüßchen setzt.

Aber war es mit dem deutschen „Dolchstoß", auf dessen Wahrheit die „Tägliche Rundschau" so viel Eide abgelegt hat, irgendetwas anderes? Genau wie in Griechenland war auch bei uns die klare und unzweideutige Niederlage schon lange da, als die Revolution und die Absetzung des Hohenzollernhauses erfolgte. Genau wie in Griechenland haben dann die Geistlichen erst nachträglich die Version erfunden, daß die Revolution schon vor der Niederlage eingesetzt habe.

Uebrigens ist die Dolchstoßlegende uralt. Schon Napoleon III. hat von ihr Gebrauch gemacht, als er nach der Kapitulation von Sedan gefangen in Wilhelmshöhe saß. Auch dieser Herr behauptete, daß er den Krieg doch noch schließlich für Frankreich gewonnen hätte, wenn nicht die September-Revolution in Paris und seine Absetzung dazwischen gekommen wären. Man findet überhaupt in der Geschichte kaum einen Feldherrn, der ehrlich die Schuld an seiner Niederlage auf sich genommen hätte. Alle sind sie irgendwo „von hinten erdolcht" worden. Regulär geschlagene Feldherren gibt es einfach nicht, mögen sie nun Trikupis, Napoleon oder Ludendorff heißen!

Landesbibliothek Oldenburg

Die Rathenaumörder vor Gericht.

Gestern morgen begann vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig e erste öffentliche Sitzung zum Schutze der Republik. Die Ver- ndlung gilt den Tätern, Teilnehmern, Begünstigern und Mit- ffern an der Ermordung Rathenaus. Die Anzahl der Pressesitze ußte mehr als verdoppelt werden, so viele Zeitungskorrespondenten aus dem Reich und dem Ausland meldeten sich für das Audito- um an. 600 bis 700 Einlaßkarten wurden ausgegeben. Den Vor- s führte Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Hag·n, neben m sitzen Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, der frühere Berliner andgerichtsdirektor und Vorsitzende des Erzberger-Helfferich-Pro- sses, Reichsgerichtsrat Döhe, dann Laienrichter Rechtsanwalt ehrenbach, der frühere Reichskanzler, Professor Dr. von Calker, emokrat Erkelenz, Sozialdemokraten Hildenbrand und Jäckel, ichter und Vertreter der politischen Parteien Deutschlands in ner Person. Die Verteidigerbank ist mit den Rechtsanwälten lsberg, Bloch, Held, Gollnich, Greving, Hahn, Lüntjebrun und ack besetzt. Zu dem Prozeß sind 22 Zeugen geladen.

Ueber die gestrige Sitzung erhalten wir aus Leipzig folgenden ericht: Angeklagt sind insgesamt 13 Personen. Den Angeklagten ehen insgesamt 10 Verteidiger zur Seite. Die Verhandlungen nden im Senatssitzungssaal des Reichsgerichts unter Vorsitz des enatspräsidenten Dr. Hagen statt. Als Richter fungieren die rdentlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Zu Beginn der itzung, die zugleich die zweite öffentliche Sitzung des Staats- erichtshofes ist, wurden die noch nicht vereidigten Mitglieder Hilde- randt und Hermann Müller vereidigt. Auf den Einwand des erteidigers Dr. Hahn, daß der Staatsgerichtshof verfassungs- idrig und für die Rathenaumörder nicht zuständig sei, ver- ündete der Vorsitzende Senatspräsident Dr. Hagen heute nach- ittag nach kurzer Beratung den Beschluß des Staatsgerichtshofes, aß er seine Zuständigkeit bejahe und den Antrag ablehne, as Verfahren dem Schwurgericht zu überweisen. Hierauf lehnte er Verteidiger Dr. Hahn den Staatsgerichtshof als Gesamtgericht b, weil er sich nach politischen Gesichtspunkten zusammensetze.

Die Namen der Angeklagten sind: 1. Student des Maschinen- aues Ernst Werner Techow aus Berlin, der angeklagt ist, gemein- haftlich mit dem Ingenieur Herm. Fischer und dem Studenten rwin Kern, die auf der Burg Saaleck durch Selbstmord geendet, r. Rathenau vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben. . Dessen Bruder, der Schüler Hans Gerd Techow aus Berlin, 17 ahre alt, der der Beihilfe zum Mord und der Begünstigung be- huldigt wird. 3. Stud. jur. Willy Günther aus Berlin. 4. Kauf- mann Christian Ilsemann aus Schwerin, die beide der Beihilfe und egünstigung beschuldigt werden. 5. Student Gustav Steinbeck us Dresden. 6. Privatdetektiv Waldemar Niedrig aus Hamburg. 7. Kaufmann Friedrich Warnecke aus Hamburg. 8. Bankbeamter rnst v. Salomon aus Frankfurt a. M., die der Beihilfe angeklagt erden. 9. Kaufmann Richard Schütt aus Berlin. 10. Kaufmann ranz Diestel aus Berlin, die der Begünstigung beschuldigt wer- en. 11. Student Karl Tillessen aus Frankfurt a. M. 12. Schrift- eiter Hartmut Plaas aus Frankfurt a. M. 13. Kaufmann Werner oß aus Berlin. (Den drei letztgenannten wird ein Vergehen ach § 139 StGB., Nichtanzeige drohender Verbrechen, zur Last elegt.) 14. Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich aus Erfurt nd 15. Schriftsteller Dr. jur. Hans Wilhelm Stein aus Burg aaleck, die verdächtigt sind, den Mördern Rathenaus auf ihrer lucht Beistand geleistet zu haben.

Das Ergebnis der Untersuchung ist in großen Zügen bekannt. ach den angestellten Ermittelungen sieht es die Anklagebehörde ls erwiesen an, daß der Mord an Rathenau aus fana- ischem Antisemitismus und in dem Wahn begangen orden ist, daß durch die Tat eine Erhebung der Arbeiter- chaft und nach deren Niederwerfung die Einsetzung iner rechtsradikalen Regierung in Deutsch- and herbeigeführt werden könne. In dieser Annahme stützt sich ie Anklage im besonderen auf eine Aeußerung Kerns, die er m Verlauf einer Erörterung des Mordplanes gegenüber Fischer nd allem Anschein nach auch zu Tillessen getan hätte. Kern rklärte damals, daß Rathenau, der sämtliche Fäden in der da- aligen Politik Deutschlands in der Hand gehabt habe, beseitigt erden müsse, da sein Fall den Sturz der gesamten Re- ierung und dann die Einsetzung einer Rechtsregierung nach ch ziehen müsse. Der Vertrag von Rapallo, Rathenaus chriften und seine nahen Beziehungen zur Sowjetregierung hät- en bewiesen, daß er ein Schädling sei. Rathenau, der sogar seine chwester an den russischen Kommunistenführer Radek verheiratet abe (die einzige Schwester Rathenaus ist mit dem Berliner Bank- irektor Andree verheiratet. Red.), sei ein Anhänger des soge- annten schleichenden Bolschewismus, mit dem er in Deutschland ussische Zustände ohne Gewalt habe herbeiführen wollen. Im brigen, so wurde weiter argumentiert, habe Rathenau sich selbst ls einen der 300 Weisen von Zion bekannt, verfolge also ie Ziele des internationalen Judentums, sämtliche Länder unter üdische Macht zu bringen.

Wie bekannt, waren Fischer und Kern, nachdem sie vorher sich mit v. Salomon wegen Ausführung einer „nationalen Sache" esprochen hatten, mit den Brüdern Techow in Verbindung ge- kommen, durch die sie die Bekanntschaft Günthers, sowie eines Unterprimaners Heinz Stubenrauch machten, der bereits im Mai 1922 einen Plan zur gewaltsamen Beseitigung Rathenaus ausgearbeitet hatte. Im Laufe der verschiedenen Besprechungen wurde der Stubenrauchsche Plan jedoch als „kindlich und unreif" verworfen und dann die Einzelheiten der Tat festgelegt, die später bei der Ausführung des Mordes eingehalten worden sind. — Die Verhandlungen gehen weiter.

Zu dem Prozeß in Lötzen.

Zu dem umstehend wiedergegebenen Prozeßbericht ist zu bemerken: Die Mannschaften, die sich an der Meuterei beteiligt haben, sind zu schweren Strafen verurteilt worden. Davon, daß auch die Offiziere bereits, die die Hauptschuld an diesen Vorgängen tragen, aus der Reichswehr beseitigt sind, hat man noch nichts gehört. Was geschieht mit dem Herrn Kompagniechef und seinen Stellvertretern, die die Soldaten so gereizt haben, was geschieht mit all den Offizieren, die ruhig zugesehen haben, daß noch das Bild Wilhelms in der Kaserne hing? Es wäre ein Skandal, wenn diese Herrschaften nicht alle in weitem Bogen aus der Reichswehr hinausflögen. Unsere Fraktion wird gut tun, recht bald bei Herrn Geßler anzufragen, was er gegen diese Herren zu tun gedenkt.

Der zweite Fechenbachprozeß.

Vor dem Münchener Volksgericht hat der Prozeß gegen den früheren Privatsekretär Eisners, Felix Fechenbach, weiter gegen den Herausgeber einer Berliner Korrespondenz, Dr. Gargas und den Chefredakteur Karl Lembke, den Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung, begonnen, die wegen Landesverrats angeklagt sind. Die Verhandlung, die mehrere Tage beanspruchen dürfte, findet unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Beamtengehalts-Fragen.

Im Beamtenausschuß des Reichstags versicherte gestern die Regierung, daß spätestens bis zum 9. Oktober genügend Zahlungsmittel zur Verfügung stehen werden. Ministerialrat Kühnemann teilte das ablehnende Ergebnis mit, zu dem die Reichsregierung in der Frage einer gleitenden Gehaltsskala für Beamte gekommen ist. Zur Besoldungsfrage begründete er dann die Absicht der Reichsregierung, jetzt schon eine Aenderung der Besoldungsordnung vorzunehmen, um die zu sehr angewachsenen Teuerungszulagen zu regeln, hinzu komme der Wunsch, die Sozialzulagen neu zu regeln und die Notwendigkeit einer Vereinfachung des ganzen Systems. Die Wirtschaftsbeihilfen sollten in der alten Form beseitigt werden, ein Ausgleich für die meisten Orte durch höhere Ortszuschläge erfolgen. Die Kinderzulagen sollten verzehnfacht werden. Statt des bisherigen Frauenzuschlages von 2600 Mark jährlich solle den verheirateten Beamten eine kleine Erhöhung des Teuerungszuschlages bewilligt werden. Abg. Deglerk (D.-nat.) fragte, ob die Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß bei der neuen Regelung schon der Beamte der untersten Gruppe mit dem ungelernten Reichsarbeiter gleichgestellt werden könne. Geheimrat Kühnemann lehnte es ab, Arbeiter- und Beamtenfragen miteinander zu verquicken.

Neue Bahntarif-Erhöhungen.

Neue Frachtzuschläge. — 60 Prozent zum 15. Oktober. — Der Kartoffeltarif bleibt unberührt. — Neue Mindestfahrpreise.

Wolff teilt mit: Der Reichsverkehrsminister hat den ständigen Ausschuß des Reichseisenbahnrates auf den 5. Oktober zu einer Sitzung nach Berlin geladen, um mit ihm über notwendig werdende weitere Tariferhöhungen im Güter- und Personenverkehr zu beraten. Dabei sollen auch Beschwerden der Oeffentlichkeit über die billigen Personentarife für die Ausländer besprochen werden.

Nachdem sich der Ausschuß des Reichseisenbahnrates, wie erinnerlich, am 16. September gegen die zum 1. Oktober beabsichtigte starke Erhöhung der Gütertarife ausgesprochen und eine geringere Tarifsteigerung vorgeschlagen hatte, welchem Vorschlag sich der Reichsverkehrsminister damals anschloß, muß nunmehr bereits am 15. Oktober eine erneute 60prozentige Erhöhung der Gütertarife eintreten. Daß die zum 1. Oktober durchgeführte Tarifsteigerung nicht ausreichen konnte, um die vermehrten Ausgaben zu decken, stand für den Reichsverkehrsminister damals schon fest. Es ergibt sich dies auch daraus, daß der erhöhte Oktobertarif im Durchschnitt das 280fache der Friedenstarife beträgt. Während bereits für September die Preissteigerung für die hauptsächlichsten Gebrauchsgegenstände der Reichsbahn, wie Kohle und Eisen, weit höher war. Seit der letzten Berechnung des Reichseisenbahnausschusses ist aber die vorauszusehende Erhöhung der sächlichen und persönlichen Kosten tatsächlich eingetreten. Die Angleichung der Löhne für die Eisenbahnarbeiter an die Löhne der Privatwirtschaft und die damit verbundene Aufbesserung der Beamtengehälter belastet die Reichsbahn vom 1. 9. bis 1. 4. mit rund 45 Milliarden. Dazu kommen weitere Gehalts- und Lohnerhöhungen, die sich aus den zurzeit schwebenden Verhandlungen über die Neuregelung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne ergeben, eine neue Kohlenpreiserhöhung und die damit automatisch verbundene Erhöhung der Eisenpreise, die auch die Preise für die übrigen Gebrauchsgegenstände der Reichsbahn stark in die Höhe treibt.

Darum kann auch die 60prozentige Gütertariferhöhung nicht etwa bis zum 1. November verschoben werden. Der kürzlich eingeführte Notstandstarif für Kartoffeln und Obst soll auch von der neuen Tariferhöhung wieder nicht berührt werden, bleibt also auf ihrer bisherigen Höhe. Die 100prozentige Erhöhung der Personentarife tritt, wie bekannt, am 1. November ein. Auch ihre weitere Erhöhung zum 1. Dezember wird im Ausschuß des Reichseisenbahnrates besprochen.

Da die Reichsbahn im Nahverkehr vielfach den örtlichen Verkehrsunternehmungen den diesen in erster Linie zukommenden Verkehr entzieht, so hat der Reichsverkehrsminister bestimmt, daß ab 1. November die Mindestfahrpreise für die Einzelreisekarten nach einer Entfernung von sieben Kilometer und für die Zeitkarte nach einer Entfernung von acht Kilometer berechnet werden. Diese Mindestfahrpreise betragen ab 1. November für die Einzelfahrkarte im Fernverkehr in der 4. Klasse 7 Mark, in der 3. Klasse 10 Mark, in der 2. Klasse 16 Mark, in der 1. Klasse 30 Mark, für die Monatskarte in der 4. Klasse 102 Mark, in der 3. Klasse 152 Mark, in der 2. Klasse 252 Mark.

Waffenstillstand im Osten.

Der „Matin" meldet aus Konstantinopel, daß der Waffenstillstand gestern mittag 12 Uhr eingetreten ist. Die Nationalversammlung hat Mustapha Kemal Pascha autorisiert, die Einstellung der Feindseligkeiten und aller militärischen Operationen auf allen Fronten zu befehlen.

Havas berichtet aus Konstantinopel vom 1. Oktober: Obwohl der Gesundheitszustand des Sultans ihn zwingen dürfte, sich von der Regierung zurückzuziehen, ist die Nachricht von seiner Abdankung verfrüht.

Faszisteneinbruch in Bozen.

Aus Bozen (Tirol) wird gemeldet: Tausend Faszisten besetzten Bozen und schlugen in der Lisabethenschule ihr Hauptquartier auf. Der Gemeinderat mußte alle Forderungen bewilligen. Die Gewalttaten erregen in Nordtirol das Verlangen nach Gegenmaßregeln. Bisher konnte in der Stadt die Ruhe aufrechterhalten werden.

Zum Schutze der Presse.

Das Präsidium der pfälzischen Kreisregierung hat an die Bezirksämter und die unmittelbaren Städte der Pfalz eine Mahnung gerichtet, der Not der Presse dadurch zu steuern, daß den Verlagen Druckaufträge in größerem Umfang als bisher zugewiesen werden, denn der Zusammenbruch der Presse würde in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht einen Schaden bedeuten, dessen Tragweite gar nicht abzusehen sei.

Reparationslieferungen an Südslawien.

Das „Berliner Tageblatt" meldet: Zwischen dem südslawischen Verkehrsminister und den Delegierten des Deutschen Industrieverbandes ist vereinbart worden, daß Deutschland für die ganze Summe, die Südslawien für die kommenden Jahre aus den Reparationsforderungen zusteht, normale und schmalspurige Personen- und Frachtwagen liefert. Das Protokoll über die Verständigung ist am 2. 10. unterzeichnet worden.

Vor einem Konflikt?!

Regierungsbeschluß gegen die Sozialdemokratie.

Nach einem heutigen Wolffbericht hat das Reichsministerium gestern seine Beratungen über die Erhöhung des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides fortgesetzt. Der vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegte Gesetzentwurf, worin eine Verdreifachung des Preises für das erste Drittel der Umlage vorgesehen ist, wurde angenommen. Der Gesetzentwurf wird dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugehen. Der Reichstag wird sich sofort nach seinem voraussichtlich am 17. 10. erfolgenden Zusammentreten mit der Angelegenheit befassen.

Gleichzeitig mit der Genehmigung dieser Gesetzesvorlage stimmte das Kabinett einem Antrag des Reichsernährungsministers auf Erhöhung der Abgabenpreise der Reichsgetreidestelle zu. Das von dieser abzugebende Getreide setzt sich etwa zu gleichen Teilen aus Inlands- und Auslandsgetreide zusammen. Das Auslandsgetreide hat nun nach dem sprunghaften Steigen der fremden Valuten in den letzten Monaten eine außerordentliche Preissteigerung erfahren (ausländischer Weizen kostete zur Zeit der Verhandlungen über das Reichsgetreidegesetz und den jetzt geltenden Abgabepreis 18—20 000 Mark die Tonne, heute sind es 84 000 Mark, nachdem der Preis auf 93 000 Mark und höher gestiegen war). Infolgedessen war eine erhebliche Steigerung der Abgabenpreise der Reichsgetreidestelle unter allen Umständen unvermeidlich.

Entsprechend muß auch der Preis für Markenbrot erhöht werden. Die Erhöhung wird jedoch nicht vor Ablauf dieses Monats eintreten und voraussichtlich über eine Verdoppelung nicht wesentlich hinausgehen. Da eine solche Erhöhung des Brotpreises eine schwere Belastung der minderbemittelten Kreise des Volkes mit sich bringt, beabsichtigt die Regierung noch im Laufe dieser Woche mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften in Besprechungen einzutreten, um gleichzeitig mit der Erhöhung der Brotpreise auch entsprechende Erhöhungen der Löhne und Gehälter zu erwirken.

Wie erinnerlich, hat die sozialdemokratische Fraktion mit übergroßer Mehrheit beschlossen, gegen eine Erhöhung des Umlagepreises zu stimmen. Wir stehen also hart vor einem Konflikt! Natürlich trifft der Regierungsvorschlag am stärksten die minderbemittelten Kreise, und es ist nur ein schwacher Trost, daß die erhöhten Ausgaben durch neue Löhne (die übrigens ja schon aus tausend anderen Gründen sowieso kommen müssen), gedeckt werden sollen. Eine gerechte Deckung findet sich nie, ganz abgesehen von dem Elend der Witwen, Waisen, Rentner usw.

Politische Rundschau.

Diäten-Fragen. Der preußische Landtag stimmte debattelos einem Antrag zu, wodurch die Diäten der Abgeordneten auf 25 000 Mark im Monat erhöht werden. Im Landtage wie im Reichstage sind die Tagegelder seit längerem abgeschafft und erhalten also die Abgeordneten auch in den sitzungsfreien Monaten die betreffende Summe. Im Reichstage beträgt dieser gegenwärtig 10 000 Mark im Monat. Zweifellos wird der Reichstag bei seinem demnächstigen Zusammentritt die Summe nach dem preußischen Vorbild festsetzen. In den kleineren Landtagen, wo die Tagungen bekanntlich nur von kurzer Dauer sind, gelten natürlich nach wie vor die Tagegelder.

Der Zeitungstod. Der „Rote Tag" stellt zum ersten Oktober sein Erscheinen ein. Er war neben der ebenfalls eingegangenen bzw. mit der Stinnesschen „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zusammengelegten „Täglichen Rundschau" das Blatt der rechtsstehenden Gebildeten. Es ist bezeichnend, daß im Gegensatz zu den großen Industrie- und Handelsblättern gerade diese Organe der Bildungsschicht sich nicht mehr halten können.

Mittagskurse.

	4. Oktober	3. Oktober
Amerikanischer Dollar	Mk. 2000	Mk. 1850
Holländischer Gulden	„ 765	„ 710
Englisches Pfund	„ 8800	„ 8000
Dänische Krone	„ 400	„ 368

Der Schrecken des Konfektionsviertels.

Aus Berlin wird berichtet: Eine der waghalsigsten Verbrecherbanden, die seit Jahresfrist Einbrüche in Konfektionshäuser machte, bei der ihr Werte von vielen Millionen in die Hände fielen, ist durch die Kriminalpolizei ermittelt und unschädlich gemacht worden. Bereits im Oktober vergangenen Jahren begann die Bande mit ihren Einbrüchen. Die Art der Einbrüche ließ erkennen, daß es sich um ein und dieselbe Bande handeln müsse, doch waren alle Ermittelungen, ihr auf die Spur zu kommen, zunächst erfolglos. Erst drei große Einbrüche, die hintereinander in das Konfektionsgeschäft von Sternberg in der Meyerbeerstraße 1—4 ausgeführt worden waren, führten auf die Spur. Die Einbrecher gingen, da die Konfektionshäuser selbst zum größten Teil stark gesichert sind, von Nachbarhäusern aus vor. Ueber die Dächer hinweg gelangten sie auf das Dach des Konfektionshauses, von dem sie sich mit Stricken bis an die Fenster der Fabrik- oder Geschäftsräume hinabließen. Ihre Beute schafften sie in den meisten Fällen auf demselben Wege fort, indem sie die Ballen mit Stoffen oder Kleiderstücken an dem Strick hochzogen. Die Beute, die sie im Laufe der Zeit gemacht haben, geht in die Millionen. Bisher konnten der Bande 18 große Konfektionseinbrüche, die sie in allen Stadtteilen ausgeführt hatten, nachgewiesen werden. Alle Verhafteten sind geständig, doch wissen sie selbst nicht mehr, wo sie überall eingebrochen sind. Bestohlene werden gebeten, sich bei Kriminalkommissar Müller, Bezirksamt Hallesches Tor, zu melden. Die Gesellschaft war Mitglied eines Sparvereins, der in der Naunynstraße tagte. Bei diesen Zusammenkünften wurden die ausgekundschafteten Gelegenheiten zu Einbrüchen besprochen. Es handelt sich um sieben vorbestrafte gewerbsmäßige Einbrecher, an deren Spitze ein erst 22 Jahre alter Willy Hänsel stand. Dieser gab bei seiner Vernehmung an, daß es sein Bestreben gewesen sei, ein berühmter Einbrecher zu werden.

Ein Wachtmeister ausgeplündert.

Von Räubern überfallen, niedergeschlagen und vollständig ausgeplündert wurde in der Nacht zum Sonntag gegen 1 Uhr der Unterwachtmeister Leo Schwandt von der Abteilung Planufer 61 der Schutzpolizei in Berlin. Schwandt befand sich in bürgerlicher Kleidung auf dem Wege von der Wildenbruchstraße nach dem Bureaudepot am Planufer. Kurz vor seinem Ziel fielen mehrere unbekannte Männer plötzlich über ihn her und schlugen ihn zu Boden. Die Räuber entkleideten den Wehrlosen bis aufs Hemd und verschwanden mit allen seinen Kleidungsstücken, einschließlich der Stiefel und der Hosenträger. In der Brieftasche, die der Beraubte bei sich trug, befanden sich 7000 Mark bares Geld, seine Ausweise und seine Schlüssel. Schwandt kam erst um 5¼ Uhr morgens wieder zu sich und begab sich im Hemd nach seiner Wohnung.

Unglück beim Automobilrennen.

Bei dem Automobilbergrennen in Gaillon (Frankreich) fuhr einer der am Rennen beteiligten Wagen durch ein unglückliches Manöver in die Zuschauermenge hinein. Fünf Menschen wurden schwer verletzt; das Rennen wurde unterbrochen.

Aus aller Welt.

Unbekannte Diebe stahlen einen der beiden Bronzelöwen vor dem Ostportal des Kühnauer Parkes bei Dessau, der ein Gewicht von vier Zentnern hat. Der Metallwert des Löwen ist außerordentlich groß. — Auf dem Militärflugplatz in Christiania (Norwegen) ist ein mit zwei Fliegeroffizieren besetztes Flugzeug aus einer Höhe von 100 Metern abgestürzt, da der Motor aussetzte. Beide Offiziere waren auf der Stelle tot.

Landesbibliothek Oldenburg

Kommunalprogramme.

Die kommunalpolitischen Aufgaben der Sozialdemokratie konnten weder in Augsburg, noch in Gera eingehend erörtert werden. Auch in Nürnberg wird die Verständigung in Fragen der Gemeindepolitik eben nur eingeleitet werden können. Die dortigen Verhandlungen werden nur Andeutungen für die Arbeiten sein, die die Programmkommission zu erledigen haben wird. In diese Kommission wurden gewählt in Augsburg die Genossen Adolf Braun, Eduard Bernstein, Leuteritz-Hamburg, Molkenbuhr (Parteivorstand), Müller-Potsdam, Toni Pfülf, Max Quarck-Frankfurt a. M., Stampfer und Ströbel, und in Gera die Genossen Crispien, Dittmann, Henke, Hilferding, Kautsky, Seger und Toni Sender. Die Programmkommission hat für die Frage der Gemeindepolitik ziemlich freie Hand. Die Kommunalpolitik aller Parteien leidet seit dem Kriege an dem Mangel spezieller Kommunalprogramme. Der Abschnitt „Gemeindepolitik" in unserm Görlitzer Programm umfaßt folgende acht grundsätzliche Forderungen:

„Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land, sowie eines einheitlichen Gemeindevertreterkörpers. Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit. Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörde für Gemeindeorgane. Reichsgesetzliche Freigabe der kommunalen Sozialisierung."

Im Abschnitt „Verfassung und Verwaltung" befindet sich noch die kommunalpolitische Forderung der „Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen)". Des weiteren spielen die Forderungen der „Kultur- und Schulpolitik" in das Gebiet der Kommunalpolitik, ohne jedoch als besondere Forderungen der Gemeindepolitik formuliert zu sein.

Eine Rundfrage an unsere und andere politische Parteisekretariate in Ländern und Provinzen belehrte und darüber, daß die Genossen allenthalben ein spezielles Kommunalprogramm für die bevorstehenden Wahlkämpfe zu haben wünschen. Die sächsischen Genossen stehen noch bei dem 1909 auf der Landesversammlung in Zittau beschlossenen „Gemeindewahlprogramm". Die Badener haben noch ihr Kommunalprogramm von 1910, die Braunschweiger das von 1913. Hingegen haben die Württemberger ihr Programm von 1900 unter Berücksichtigung der November-Revolution revidiert und unterziehen gegenwärtig diese Revision einer erneuten Durchsicht. Die Hessen haben in der ersten Hälfte dieses Jahres (1922) ihr 1912 auf dem Landesparteitage in Mainz beschlossenes Kommunalprogramm vorgelegt. Auch die „Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei" in Oesterreich ist noch immer angewiesen auf ihr Kommunalprogramm von 1911. Sie teilen uns (August 1922) mit, daß der Parteivorstand beschlossen habe, ein neues Kommunalprogramm auszuarbeiten und im Begriff steht, sich das hierzu erforderliche Material zu beschaffen.

Die U. S. P. hat auf ihrem Leipziger Parteitage 1922 „Grundsätze der Kommunalpolitik" aufgestellt, die näher als unser Görlitzer Programm auf die Spezialfragen der Gemeindepolitik eingehen und mit dem oben erwähnten Material der Programmkommission als Unterlagen dienen könnten.

Auch bei den bürgerlich-politischen Parteien ist die Frage „Gemeindepolitik" programmäßig noch nicht geklärt, wie das Ergebnis unserer oben erwähnten Rundfrage vermuten läßt. Der „Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei" hatte im Dezember 1918 „Leitsätze für die Politik der deutschen Zentrumspartei" veröffentlicht. In Anlehnung an diese und teilweise unter wörtlicher Benutzung hat die Hauptversammlung der „Kommunalpolitischen Vereinigung" in Köln 1919 „Leitsätze für die Kommunalpolitik der Zentrumspartei" aufgestellt. Richtlinien für die zukünftige Kommunalpolitik des Zentrums hat dann im Juli 1920 Dr. Otto Thiffen auf dem Parteitage der Zentrumspartei des Kreises Kempen, und das Mitglied der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Herrschel, im November 1920 auf der Hauptversammlung der „Kommunalpolitischen Vereinigung" in Essen aufgestellt. Dabei ist unseres Wissens das Zentrum bis heute stehen geblieben. Auch die „Deutsche demokratische Partei" besitzt noch kein, durch die satzungsmäßigen Instanzen festgesetztes Kommunalprogramm. Ein im Frühjahr 1922 verbreitetes Flugblatt enthält die wichtigsten kommunalpolitischen Grundsätze dieser Partei. Da die übrigen bürgerlichen Parteien auf die oben erwähnte Rundfrage nicht geantwortet haben, ist anzunehmen, daß auch dort alle diese Fragen sich noch im Fluß befinden. Hingegen hat die „Kommunistische Partei Deutschland" bereits im Frühjahr 1922 eine allgemeine Einleitung zu einem Kommunalprogramm und ein „Siedlungs-, Bau- und Wohnungsprogramm veröffentlicht. Victor Noack.

Gewerkschaftliches.

Deutscher Hutarbeiter-Verband. Die 13. Generalversammlung des Verbandes hat einen Antrag angenommen, nochmals eine Urabstimmung über die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband vorzunehmen. Diese hat in der Zeit vom 23. bis 26. September 1922 stattgefunden. Von 29 091 Mitgliedern stimmten ab 13 269. Davon waren für die Verschmelzung 6692, dagegen 6153, 124 Stimmen waren ungültig. Abgestimmt haben 46 v. H. der Mitglieder (1920: 50 v. H.). Da eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden für die Verschmelzung nicht erreicht wurde (6854), kann der Zusammenschluß nicht erfolgen. In einer gemeinsamen Sitzung des Verbandsvorstandes und Ausschusses am 17. September in Bitterfeld wurde beschlossen, den Bundesvorstand zu ersuchen, beim Reichsfinanzministerium dahin zu wirken, daß die abgeänderten Vorschriften vom 7. Juli 1922 zum Einkommensteuergesetz einer Revision unterzogen und dem veränderten Geldwert angepaßt werden. Es ist dringend erforderlich, die Werbungskosten und das steuerfreie Einkommen zu erhöhen, ebenso den Einkommensatz, bei dem durch der 10prozentigen Abzug die Steuer als abgegolten erachtet werden soll. Ferner wurde beschlossen, einem gemeinnützigen Unternehmen der Arbeiterschaft ein Darlehen bis zu 150 000 Mark zu mäßigem Zinsfuß gegen Sicherheit zur Verfügung zu stellen.

Amerikanische Arbeiterbanken. In den Vereinigten Staaten entwickeln Arbeiterbanken neuerdings eine beträchtliche Tätigkeit. Zu ihrer Begründung haben u. a. folgende Erwägungen geführt: 1. die großen Kapitalien, über welche die Arbeiterverbände verfügen, und die sich auf 100 Millionen Dollar beziehen, 2. das Verlangen der organisierten Arbeiter, eine bedeutsamere Rolle als bisher zu spielen, 3. Gegenwehr gegen die großen Bankvereinigungen, 4. Kreditbedarf der rasch fortschreitenden Konsumvereinsbewegung. Die erste Arbeiterbank wurde durch den Internationalen Maschinistenverband unter Vorsitz von William H. Johnston begründet. Die Maschinisten riefen im Jahre 1920 die Sparbank des Mt. Vernon mit einem Kapital von 200 000 Dollar ins Leben. Das Kapital dieser Gesellschaft beläuft sich heute auf 2 Millionen Dollar.

Genossenschaftliches.

Aus der Konsumgenossenschaft. Vorstand, Ausschuß und Verbandssekretäre des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hielten am 25. und 26. September in Hamburg eine Sitzung ab. Bei der Besprechung der wirtschaftlichen Lage der Konsumgenossenschaften kam zum Ausdruck, daß die rasche und gründliche Durchführung aller von den Zentralen empfohlenen Maßnahmen zur Stärkung der Betriebsmittel unbedingte Notwendigkeit sei. Die in dieser Hinsicht erlassenen Veröffentlichungen wurden einstimmig gebilligt und festgestellt, daß das marktgängige Angebot den Wiederbeschaffungspreis bilde, den die Konsumgenossenschaften zur Erhaltung ihrer Existenz bei der Kalkulation unbedingt berücksichtigen müßten. Eine entsprechende Gestaltung der Wuchergesetzgebung sei notwendig. Im Anschluß an die ab 1. Januar 1923 in Kraft tretenden Aenderungen des Genossenschaftsgesetzes wurden Richtlinien für die Umgestaltung des Musterstatuts für größere Konsumvereine beraten und beschlossen, in denen namentlich die Vertreterversammlung das Wahlverfahren zu dieser und ihre Befugnisse eingehend behandelt werden. Der Wiederaufbau und Ausbau des Lichtbildervortragswesens wurde beschlossen.

Oldenburg.

Eine für Krankenkassenmitglieder und Arbeitgeber der früheren Gemeinde Osternburg wichtige Veränderung ist durch die Verschmelzung der Gemeinde Osternburg mit der Stadt Oldenburg eingetreten. Alle in Osternburg beschäftigten, zur Krankenkasse versicherungspflichtigen Personen werden dadurch bei der Ortskrankenkasse der Stadt Pflichtmitglieder und sind durch den Arbeitgeber bei dieser Kasse anzumelden. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß mit der Erhöhung der Beiträge von 8 Proz. auf 10 Prozent des Grundlohnes auch die Zusatzbeiträge für die Familienversicherung zu den Ortskrankenkassen sich erhöhen und zwar auf 10 Mark pro Woche.

Das neue Hartgeld. Bekanntlich plante die Regierung schon im Sommer, wieder Hartgeld in den Verkehr zu bringen. Der endgültige Beschluß des Reichsrates vom 27. Juli ging dann dahin, zunächst Dreimarkstücke prägen zu lassen. Mit der Prägung wurde inzwischen auch sehr eifrig begonnen. Jetzt ist aber die Prägung von Geldstücken so niedrigen Wertes angesichts des gesunkenen Markwertes so gut wie überflüssig geworden. Da also der Geldverkehr diese Münzen nicht mehr in dem Umfange, wie erwartet, benötigt, und da ja auch der Preis des Metalls gerade in der letzten Zeit stark gestiegen ist, hat die Regierung die Einstellung der Ausprägung von Münzen mit geringerem Nennwert beschlossen. Nun steht aber auch die Herausgabe von Münzen über höhere Werte bevor, und hier soll die Ausprägung nicht eingestellt, sondern in vollem Umfange durchgeführt werden.

Aus dem Lande und den Nachbarprovinzen.

z. Zetel. Wagenmangel. Ueberall hört man jetzt in der Friesischen Klagen über Wagenmangel. Insbesondere leiden darunter die Torfproduzenten, die den trockenen Torf nicht zum Versand bringen können. Auch die Klinkerziegeleien leiden unter der schlechten Gestellung von Güterwagen. Der Bestand an Klinkern häuft sich auf den einzelnen Ziegeleien.

Ovenstrohe. Schwerer Einbruchsdiebstahl. In der Nacht auf Montag wurde bei dem Landwirt Wessels eingebrochen. Die Diebe stiegen durch ein Fenster ein und entwendeten zwei Fahrräder, Kleidungsstücke usw. im Gesamtwerte von 200 000 Mark. Auf die Ergreifung der Täter und die Wiederschaffung der Sachen ist eine Belohnung von 20 000 Mark gesetzt.

Brake. Aus dem Stadtrat. Nach einem Beschluß in der letzten Stadtratssitzung soll in laufender Rechnung ein Kredit von 10 Millionen Mark aufgenommen werden. — Dem Pflegeausschuß, dem schon früher einmal 50 000 Mark zur Unterstützung der Klein- und Sozialrentner zur Verfügung gestellt wurden, sind weitere 50 000 Mark zugewiesen worden. — Ferner bewilligte der Stadtrat für die Anlage einer Kühlwasseranlage für den Dieselmotor im Elektrizitätswerk die Summe von 150 000 Mark und trat dann in eine vertrauliche Sitzung ein.

.. Einswarden-Blexen. „Fortschritte". Trotzdem wir notgedrungen unseren Abonnementspreis erhöhen mußten, hat sich unsere Leserzahl für diesen Bezirk vergrößert. Leider sind die früheren USP.-Leser mit der Bremerhavener „Volksstimme" versorgt worden, so daß leider kein gemeinsames Zeitungswesen hier am Orte besteht.

Einswarden. Konsum- und Sparverein „Unterweser". Eine Mitgliederversammlung findet am Freitag abend 8 Uhr bei Fehe statt.

.. Einswarden. Werftarbeiter. Ab 4. Oktober scheiden die auf der Frerichs-Werft Beschäftigten aus der Ortskrankenkasse aus und werden Mitglied der Betriebskrankenkasse der Frerichswerft. Alle Krankmeldungen und anderes hat also dann auch für Familienangehörige nicht mehr in Nordenham bei der Ortskrankenkasse zu erfolgen, sondern auf der Frerichswerft.

Nordenham. Parteiversammlung. Wegen des Vortrages im Volksbildungsverein fällt die für Donnerstag angesetzte Parteiversammlung aus.

Nordenham. Preßkommissionssitzung. Am Donnerstagabend 7 Uhr findet im Gewerkschaftshause, Schulstraße 10, eine Preßkommissionssitzung statt.

Geestemünde. Unfall mit tödlichem Ausgange. Am Sonnabend nachmittag hatte sich der neunjährige Sohn des Eisenbahners Schwing, wohnhaft Mühlenstraße 26, an einem in Fahrt befindlichen Wagen angehangen und war eine Strecke weit mitgefahren. In dem Augenblick, wo sich das Kind los ließ, um wieder umzukehren, kam ein anderes Fuhrwerk aus entgegengesetzter Richtung, das der kleine Schwing aber nicht bemerkt hatte. Er geriet unter die Räder dieses Wagens, die ihm über Brust und Leib gingen und ihn schwer verletzten, so daß der Tod kurz nachher eintrat.

Kirchwerbe. Schweres Eisenbahnunglück. Als das Gespann des Landwirts Warnken aus Lahausen mit zwei vollbeladenen Heuwagen die offene Schranke auf unserm Bahnhofe passierte, kam plötzlich der Schnellzug Osnabrück—Bremen herangebraust. Obgleich der Lokomotivführer das Gefährt auf zirka 80 Meter Entfernung auf den Gleisen bemerkte, konnte der Schnellzug doch nicht mehr rechtzeitig zum Halten gebracht werden. Er rannte dem Heuwagen in die Flanke. Von den oben auf dem Heuwagen sitzenden vier Personen wurde der Sohn des Herrn Warnken mit seiner Braut vom Wagen heruntergeschleudert, wobei Herr W. unter die Räder des Zuges geriet und vollständig zermalmt wurde, die Braut hatte so schwere Verletzungen davongetragen, daß sie bald nach dem Unglücksfall starb. Die Pferde hatten sich losgerissen und gingen durch. Der Schnellzug, der einige Teile des Heuwagens eine Strecke mitgeschleift hatte, konnte nach kurzer Zeit unbeschädigt seine Reise fortsetzen.

Harburg. Verschmelzungsfrage. Die Frage der Verschmelzung von Harburg und Wilhelmsburg war Gegenstand einer Erörterung im Rathaussaal. An dieser Sitzung nahm u. a. auch Staatsbeauftragter Dr. Südekum teil. Die Besprechung mündete in der Uebereinkunft, in einem aus Harburgern und Wilhelmsburgern gleichmäßig zusammengesetzten Ausschuß die ganze Frage gründlich zu studieren und für die Behandlung in aller Oeffentlichkeit vorzubereiten.

Die Schau.

Von Maxim Gorki.

Ueber die Dorfgasse, zwischen weißen Lehmhütten, zieht mit wildem Geschrei ein seltsamer Zug.

Es kommt eine Volksmenge daher, dicht gedrängt und langsam, — sie bewegt sich wie eine große Welle, und voran schreitet ein Pferdchen, ein drollig struppiges Pferdchen, das seinen Kopf traurig hängen läßt. Wenn es einen der Vorderfüße erhebt, schüttelt es so seltsam den Kopf, als wolle es mit dem zottigen Maule den Straßenstaub aufwühlen; und wenn es mit dem Hinterfuß auftritt, sinkt sein Rücken so tief zur Erde hinab, daß es scheint, als müßte es jeden Augenblick hinfallen.

An dem Vorderteil des Wagens sind die Hände einer kleinen, vollständig nackten Frau, fast noch ein Mädchen, mit Schnüren festgebunden. Ihr Gang ist eigentümlich, seitwärts ausschreitend, ihr Kopf mit dem verwirrten, dunkelblonden Haar emporgehoben und ein wenig zurückgeworfen, die Augen sind weit geöffnet und schauen mit stumpfem, gedankenlosem Blicke, darin nichts Menschliches liegt, in die unbegrenzte Ferne . . . Ihr ganzer Körper ist mit gelben und braunen, runden und länglichen Flecken bedeckt. Die linke, mädchenhafte Brust ist zerhackt, das Blut fließt aus ihr herab . . . es hat einen Purpurrittersen gebildet, der sich über den Leib und weiter hinab über das linke Bein bis zum Knie zieht; am Schienbein wird es von einer braunen Staubkruste verdeckt. Es scheint, als hätte man von dem Körper dieser Frau einen schmalen langen Hautstreifen abgerissen; man muß auf ihren Leib lange mit einem Stück Holz geschlagen haben, denn er ist entsetzlich geschwollen und ganz blau.

Auf dem Wagen aber steht ein hochgewachsener Bauer in weißem Kittel und schwarzer Mütze, unter der ein Strähnchen hellroten Haares hervorhängt, das über seine Stirn fällt. In der einen Hand hält er die Zügel, in der anderen — die Peitsche und schlägt damit ganz regelmäßig einmal über den Körper der kleinen Frau, die ohnehin kaum mehr an ein menschliches Wesen erinnert. Die Augen des Bauern sind blutunterlaufen und erglänzen in böser Genugtuung. Das rote Haar hebt ihre grünliche Farbe hervor. Die bis über die Ellbogen zurückgeschlagenen Hemdärmel entblößen die muskelstarken, ebenfalls dicht mit rotem Haar bewachsenen Arme; sein Mund ist geöffnet und zeigt eine Reihe weißer Zähne. Von Zeit zu Zeit schreit der Bauer heiser auf:

„Vorwärts . . . He—ge! He! R—nu! Aha! Endlich . . ."

Hinter dem Wagen und der daran festgebundenen Frau drängt die Menge, und auch sie brüllt, heult, kreischt, lacht, summt . . . und reizt . . . halbwüchsige Jungen rennen nach. Ein Peitschenhieb über den Körper der Frau . . . Die dünne lange Peitsche schlingt sich um ihren Rücken und hat sich unter dem Arme verwickelt . . . Da reißt der Bauer die Peitsche fest an sich; die Frau schreit jäh auf, stürzt rücklings um und fällt mit dem Rücken auf die Erde . . . Viele aus der Menge springen zu ihr heran, beugen sich über sie und machen sie unsichtbar, indem sie sich vor sie hinstellen.

Das Pferd bleibt stehen, aber nach einer Minute geht es weiter, und das wundgeschlagene Weib trottet wie vorher neben dem Wagen her. Und das elende Pferd schüttelt, langsam vorwärts schreitend, fortwährend mit seinem Kopf, als wollte es sagen:

„Wie niederträchtig es ist, ein Vieh zu sein! Man kann gezwungen werden, an jeder Gemeinheit teilzunehmen . . ."

Ich habe hier kein Gleichnis eines Propheten niedergeschrieben, der verfolgt, gequält wird und in seinem Lande nichts gilt — nein, leider nicht! So strafen die Männer ihre Frauen für Untreue; das ist ein Sittenbild, ein Brauch — und ich sah dies im Jahre 1891 am 15. Juli im Dorfe Kandibiorka des Chersonschen Gouvernements. Das wird — eine Schau genannt. —

Der Kurbelkasten als Einbrechergehilfe.

Wir lesen in der „Berl. Volksztg.": In jüngster Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß sich Einbrecher, die bequem „arbeiten" wollen, eines Filmaufnahmeapparates bedienen; zwei Fälle aus allerjüngster Zeit, deren einer in einem westlichen Vorort Berlins, deren zweiter in Paris spielte, deuten darauf hin, daß dieser Filmtrick Schule macht. Am hellichten Tage fuhren zwei Kraftwagen — ohne Kraftwagen arbeitet heutigentags kein anständiger Einbrecher mehr — vor einem behäbigen Landhaus vor. Aus dem ersten stiegen zwei Herren, die einen Kurbelkasten in Stellung brachten. Aus dem zweiten stiegen in ganz abgerissener Kleidung, so wie man in Hintertreppenromanen und Kinofchund niedrigster Sorte sich den Kaschemmen-Willi ausmalt, zwei Einbrecher. Sie schlugen kräftig an die Tür. Als geöffnet wurde, warfen sie dem Diener einen Sack über den Kopf, gaben ihm einen Hieb, der ohnmächtig machte, und drangen ins Haus ein. Schon eine Minute später sah man die beiden im Fenster über der Haustür; sie warfen Betten auf die Straße und schleppten dann schließlich in einem Bettüberzug allerlei nach Silber klingendes Gerät hinaus; zwei Schutzleute sahen lachend der wohlgelungenen „Filmaufnahme" zu. Das Ganze dauerte knapp zehn Minuten; dann fuhren die Kraftwagen in Richtung Berlin davon; verwunderlich war nur, daß der ohnmächtige Diener noch immer in der halb offenen Haustür lag. Mit ähnlicher Dreistigkeit wurde ein Juwelierladen geplündert; auch da fuhren zwei Kraftwagen vor dem Laden des Juweliers vor. Statt der Apachen aber entstiegen da dem zweiten Wagen zwei richtige Gentlemeneinbrecher oder eben das, was sich das Volk unter diesem Begriff vorzustellen gewohnt sein mag. Eine große Menschenmenge sammelte sich um den Kurbelkasten. Ein Schutzmann guckte den fern darüber, kümmerte sich aber dann gar nicht mehr um das Treiben. Was ging ihn schließlich eine Kinoaufnahme an. Die beiden vermeintlichen Filmschauspieler aber begaben sich in das Juweliergeschäft, fesselten mit Bindeseile den Juwelier und seinen Angestellten und rafften mit Bindeseile von den Schätzen zusammen, was sie erreichen konnten. Daß der Juwelier und sein Gehilfe laut um Hilfe schrien, kümmerte die schaulustige Menge nicht. Die Diebe aber brachen die Aufnahme ab und rasten in voller Fahrt um die nächste Straßenecke. Erst jetzt fiel es auf, daß der arme Juwelier noch immer dalag und laut um Hilfe schrie. Er wurde befreit; aber der Vorsprung der Diebe war dermaßen groß, daß an eine Verfolgung zunächst gar nicht mehr gedacht werden konnte.

Aus der Welt des Esperanto.

In Finnland unterstützt die Regierung die Esperantobewegung durch eine alljährliche Subvention von 25 000 Mark. Der erste internationale demokratische Kongreß in Paris gab dem Wunsche Ausdruck, daß die internationale Hilfssprache Esperanto als einzige Fremdsprache in allen Schulen aller Länder gelehrt werden möge. In Offenbach bewilligte die Gemeindeverwaltung 7000 Mark, um 300 Kinder in Esperanto unterrichten zu lassen. Die Handelskammer in Locarno in der Schweiz hat durch ein Rundschreiben an die Schweizer Handelskammern um ihr Urteil über eine internationale Hilfssprache angefragt; bis auf eine sprechen sich sämtliche Handelskammern für Esperanto aus. Die Arbeiterpartei in Neu-Seeland empfiehlt in ihrem Statut die Einführung des Esperanto in den Lehrplan der Schulen.

Humor und Satire.

Der falsche Adressat. Wenn Briefe in die unrichtigen Hände geraten, so kann das, wie man oft genug erfahren hat, recht peinlich werden. So kann man sich, wenn auch des Berichterstatters Höflichkeit darüber schweigt, ohne viel Phantasie die Wirkung einer Adressaturverwechslung vorstellen, die sich in einer kleinen Gemeinde des südlichen Dänemark kürzlich zugetragen hat. Der Organist der Dorfkirche hatte sich schon längere Zeit darüber zu ärgern gehabt, daß der Mann, der den Blasebalg trat, damit nach weiter vorfuhr, auch wenn die Orgel längst aufgehört hatte, zu spielen. Endlich riß dem Organisten die Geduld. Eines schönen Sonntags setzte er sich hin, schrieb einen Brief und trug einem Dorfjunger auf, ihn dem Bälgetreter zu überbringen. Der kleine Bote hatte den Auftrag aber mißverstanden und gab das Schreiben dem Prediger. Der Wortlaut des Schriftstücks aber war so: „Du alter Idiot! Wirst Du endlich aufhören, wenn ich es Dir sage! Die Leute kommen meiner Musik wegen hierher und nicht, um Dein Fauchen und Pusten mitanzuhören!"

Die Vereinsmeier. „Wir haben in geheimer Sitzung beschlossen, uns an dem Begräbnis unsers hochverehrten ersten Vorsitzenden in würdiger Weise zu beteiligen. Die Kosten entnehmen wir der Vergnügungskasse." —

Landesbibliothek Oldenburg

Ab Donnerstag, 5. d. M., beträgt der Preis für ein 1875 Gramm Bremerbrot 42.— Mark, für ein 1875 Gramm Schwarzbrot 39.— Mark, für ein 1875 Gramm Langbrot 42.50 Mark.
Wilhelmshaven-Rüstringen, 4. Oktober 1922.
Lebensmittelamt Wilhelmshaven.
Kriegsversorgungsamt Rüstringen.

Wilhelmshaven.

Gemeinschaftliche öffentliche Sitzung der beiden städtischen Kollegien am Freitag, 6. Oktober 1922, nachm. 5 Uhr, im großen Sitzungssaale des Rathauses. Die Tagesordnung liegt für die Einwohnerschaft zur gefl. Einsichtnahme in der Hauptregistratur des Rathauses, Zimmer 3, aus.
Magistrat Wilhelmshaven. Täger.

Für den Neubau eines Wohngebäudes in Pütthausen, (Sengwarden) sollen die Erd-, Maurer- und Zimmererarbeiten vergeben werden. Die Verdingungsunterlagen liegen beim Reichsbauamt III in Wilhelmshaven, Kaiserstraße 78, Zimmer 56a zur Einsicht aus und können gegen Erstattung der Unkosten (100 Mk. für die Verdingungsunterlagen und 100 Mk. für die Zeichnung) daselbst bezogen werden. Die Angebote sind verschlossen und mit Aufschrift versehen zum Verdingungstermin am 18. Oktober, mittags 12 Uhr, daselbst einzureichen. Später eingehende Angebote bleiben unberücksichtigt. Zuschlagsfrist 2 Wochen.
Wilhelmshaven, den 3. Oktober 1922.
Reichsbauamt III.

Gemeinde Schortens.

Elektrizitätswerk.

Laut Gemeinderatsbeschluß vom 5. 9. 1922 wird ab 1. 9. 1922 der Strompreis nach der Kohlenklausel der S. E. B. über A.-G. Wiesmoor berechnet und erhöht oder erniedrigt sich demgemäß nach der am Monatsende übermittelten Notierung. Für Monat September beträgt demnach der Strompreis 45.50 Mark für Licht und 36.50 Mark für Kraft. [4266
Brume, Betriebsleiter.

Folgende Beschlüsse des Gemeinderats:
1. Aenderung der Steuerordnung betr. Erhebung einer Umlage nach Größe der Grundstücke und dem Gebäudesteuer-Mietwert,
2. Statut betr. Zuschläge zu der Besteuerung der Wanderlager,

liegen vom 5. Oktober d. J. an auf 14 Tage im Rechnungsbureau öffentlich zur Einsicht aus und sind etwaige Einwendungen während dieser Zeit hier vorzubringen.
Schortens, den 4. Oktober 1922.
Der Gemeindevorstand.
J. V.: Neumann, Beigeordneter.

Landgemeinde Varel.

Zur Regelung des Verbrauchs elektrischer Arbeit sind für Entnahme von Kraftstrom folgende Sperrzeiten festgesetzt: [4279
1. für Oktober abends von 5.30 bis 9 Uhr.
2. für November abends 5 bis 9 Uhr.
3. für November morgens von 6 bis 8 Uhr.
4. für Dezember abends von 4.30 bis 9 Uhr.
5. für Dezember morgens von 6 bis 9 Uhr.
6. für Januar abends von 5 bis 9 Uhr.
7. für Januar morgens von 6 bis 9 Uhr.
8. für Februar abends von 5.30 bis 9 Uhr.
9. für Februar morgens 6 bis 9 Uhr.

Abnehmer, die dieser Anordnung nicht nachkommen, müssen mit gänzlicher Abschaltung des Stromes rechnen. Außerdem ist für je 1 Kilowatt entnommenen Kraftstrom ein Stromaufschlag von 350 Mark zu zahlen.
Borgstede, den 3. Oktober 1922.
Elektrizitätswerk der Landgemeinde Varel.
D. Wilken.

Die Strompreise betragen vom 1. Oktober 1922 für Licht 1 Kilowatt 46.— Mk., für Kraft 1 Kilowatt 33.— Mark. [4280
Borgstede, den 3. Oktober 1922.
Elektrizitätswerk der Landgemeinde Varel.

Soda

Marktstrasse 55
Gökerstrasse 55

Eigene Verkaufsstellen der Soda-Fabrik Carl Wenzel, Oldenburg. 4265

Sozialdem. Wahlverein

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Donnerstag, den 5. Okt., abends 8 Uhr, im Werftspeisehaus:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht von den Parteitagen in Augsburg und Nürnberg.
2. Parteiangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

— Mitgliedsbuch legitimiert. —

Wegen der bevorstehenden Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien ist diese Versammlung sehr wichtig und deshalb wird um zahlreichen Besuch der Mitglieder gebeten.
4252] **Der Vorstand.**

Tanz-Unterricht.

Anfänger-Kursus. — Anmeldungsabend
Freitag, 6. Oktober, abends 8 Uhr.
Garantie für gute Ausbildung. 4177
Tanzschule H. Offermann
Kyffhäuser, Bismarckstr. 43, nahe Seemannshaus.

Allgem. Ortskrankenkasse Wilhelmshaven-Rüstringen.

Bekanntmachung.

Laut Verordnung der Reichsregierung vom 12. 9. 22., R. G. Bl. Nr. 63, ist die Höchstgrenze des Grundlohnes auf 500 Mark festgesetzt worden. Auf Grund dieser Verordnung hat der Kassenvorstand in der Sitzung vom 2. 10. 22. beschlossen, vorbehaltlich der noch erforderlichen Zustimmung des Ausschusses vom 2. Oktober 1922 ab 10% vom Grundlohn zu erheben und die Lohnstufen wie nachstehend einzuteilen.

Die Beiträge sind ab 2. Oktober d. J. festgesetzt wie folgt:

Stufe	Durchschnittlicher Tagesentgelt	Grundlohn	Wochenbeitrag Versichert. 2/3	Wochenbeitrag Arbeitg. 1/3	Gesammtbeitrag
1	von 0.01 bis 10.00 Mk.	8.00 Mk.	3.20 Mk.	1.60 Mk.	4.80 Mk.
2	„ 10.01 „ 20.00 „	15.00 „	6.00 „	3.00 „	9.00 „
3	„ 20.01 „ 35.00 „	30.00 „	12.00 „	6.00 „	18.00 „
4	„ 35.01 „ 50.00 „	45.00 „	18.00 „	9.00 „	27.00 „
5	„ 50.01 „ 70.00 „	60.00 „	24.00 „	12.00 „	36.00 „
6	„ 70.01 „ 100.00 „	90.00 „	36.00 „	18.00 „	54.00 „
7	„ 100.01 „ 130.00 „	120.00 „	48.00 „	24.00 „	72.00 „
8	„ 130.01 „ 160.00 „	150.00 „	60.00 „	30.00 „	90.00 „
9	„ 160.01 „ 190.00 „	180.00 „	72.00 „	36.00 „	108.00 „
10	„ 190.01 „ 240.00 „	220.00 „	88.00 „	44.00 „	132.00 „
11	„ 240.01 „ 290.00 „	270.00 „	108.00 „	54.00 „	162.00 „
12	„ 290.01 „ 340.00 „	320.00 „	128.00 „	64.00 „	192.00 „
13	„ 340.01 „ 400.00 „	380.00 „	152.00 „	76.00 „	228.00 „
14	„ 400.01 „ 460.00 „	440.00 „	176.00 „	88.00 „	264.00 „
15	„ 460.01 und mehr	500.00 „	200.00 „	100.00 „	300.00 „

Infolge dieser Neueinteilung der Stufen werden die Arbeitgeber hiermit aufgefordert diejenigen Versicherungspflichtigen, welche bis 460 Mark pro Tag verdienen **innerhalb einer Woche** mit dem erforderlichen Lohnänderungsformular umzumelden. Für Versicherungspflichtige, welche schon mit einem Verdienst von über 460 Mark angemeldet sind, bedarf es keiner Lohnänderungs-Meldung.
Wilhelmshaven, den 3. Oktober 1922. 4270
Der Vorstand. F. Freudenberg, Vorsitzender.

Trotz Preiserhöhung ist

GAS

wesentlich

billiger

als **Holz** und **Kohle!**

Es kosten **heute** gegen **früher**

Holz das **310fache** (1 rm Mark 2500 gegen Mark 8.00)
Brikett das **320fache** (1 Ztr. Mark 290 gegen Mark 0.90)
Gas das **130fache** (1 cbm Mark 22.50 gegen Mark 0.17)

Darum:

Wer **Gas** verbraucht, wirtschaftet **billiger** und **spart** obendrein die knappen und teuren Kohlen für den Winter.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Bezirksverein Rüstring.-Wilhelmshaven.

Achtung! Kollegen!
Donnerstag, 5. Oktober, nachmittags gleich nach Feierabend (4 Uhr):

Sehr wichtige Versammlung
im Werftspeisehaus.
Alle Kollegen müssen erscheinen. Lohnangebot d. Unternehmer betr.
4283] **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen
Zahlstelle Wilhelmshav. und Umgegend.

Achtung! Zimmerer!
Versammlung
Donnerstag, 5. Oktober, abends 7.30 Uhr, im „Edelweiß". — Tagesordnung u. a.: Bericht von der letzten Lohnverhandlung in Bremen. Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich. [4272
Der Vorstand.
6 Uhr: Vorstandssitzung i. Bureau. D. O.

Gebr. Möbel
kauft jeden Posten
Rosenthal
Bismarckstr. 49.

Einzelne Möbel
sowie ganze Haushände kaufen laufend
Carstens & Precht
Müller-, Ecke Ulmenstr.
Telephon 2150.

Kaufe
Eisen, Blei, Zink, Lumpen, Flaschen u. sonstige Rohprodukte
zu höchsten Preisen.
Kramer, Grenzstr. 57.

Kaufe jeden Posten neue u. gebrauchte
Möbel!
W. Janßen, Peterstr. 60, Ecke Grenzstr., Fernr. 697.

Kaufe dauernd
neue und getr. Herren- und Damen-Garderoben, Marinezeug, Schuhzeug, Bett- und Leibwäsche. Postkarte genügt
Cytryn
Mitscherlichstraße 8, Ecke Peterstraße.

Gut erhaltenes
Kinderwagen-Verdeck zu kaufen gesucht.
Mühlenstraße 121 I.

Am Sonntag, d. 1. Okt. d. J. starb infolge Unglücksfalles unser kleiner Liebling [4264
Karl
im zarten Alter von 5½ Jahren. Um stille Teilnahme bitten
Karl Wolff
und Frau Auguste geb. Raddatz nebst Kindern und Angehörigen.
Rüstr. Helenenstr. 2
3. Oktober 1922.
Beerdigung am 4. Oktober in Elisabethfehn.

Oldenburger Anzeigen

Der Preis für auf Karten bezogene **Zwiebäcke** (ca. 200 g) beträgt vom 4. d. M. ab 15.60 Mk.
Stadtmagistrat.

Der Magistrat weist darauf hin, daß die bis zum 30. September 1922 abgeschafften, abhanden gekommenen oder eingegangenen Hunde bis spätestens am 14. Oktober 1922 im Steueramt, Rathaus, Zimmer 23, abzumelden sind, soweit die Abmeldung noch nicht erfolgt ist. Für sämtliche bis dahin nicht abgemeldeten Hunde ist die Hundesteuer weiter zu zahlen.
Oldenburg, den 28. September 1922.
Stadtmagistrat.

Der Stadt ist für Kleinrentner, Sozialrentner und rentenlose Arbeitsunfähige **Torf** überwiesen worden, der zu erheblich verbilligtem Preise an die oben genannten Personen abgegeben werden kann, soweit diese sich noch nicht mit Torf eindecken konnten. Es werden voraussichtlich für jeden Haushalt 5 bis 10 Zentner Torf abgegeben werden können. Anträge sind bis zum 9. d. M. beim Wohlfahrtsamt, früheres Gemeindehaus Osternburg, Ulmenstraße 35, Zimmer 8, zu stellen.
Stadtmagistrat.

An die Krankenkassenmitglieder und Arbeitgeber.

Die notwendig gewordene Erhöhung der Beiträge von 8 Proz. auf 10 Proz. des Grundlohnes bedingt gleichzeitig eine Erhöhung des Zusatzbeitrages für die Familienversicherung. Derselbe ist auf 10 Mk. pro Woche festgesetzt.
Allg. Ortskrankenkasse der Stadt Oldenburg.
Koch, Vorsitzender.
Allg. Ortskrankenkasse des Amtsverbandes Oldenburg.
Kottenbrink, Vorsitzender.

An die Arbeitgeber und Krankenkassenmitglieder der früheren Gemeinde Osternburg.

Infolge der Verschmelzung der Gemeinde Osternburg mit der Stadt Oldenburg werden **alle im Gebiet der früheren Gemeinde Osternburg beschäftigten versicherungspflichtigen Personen Pflichtmitglieder der Ortskrankenkasse der Stadt Oldenburg,** Ritterstraße 11/12.

Die Anmeldung hat umgehend, spätestens innerhalb drei Tagen zu erfolgen.

Die Beiträge sind vom 1. Oktober d. J. ab an die unterzeichnete Kasse abzuführen.

Eine Abmeldung der bisher bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Amtsverbandes Oldenburg versicherten Personen erübrigt sich.
Oldenburg, 4. Oktober 1922.
Allg. Ortskrankenkasse der Stadt Oldenburg.
Der Vorstand. Koch, Vorsitzender.

Zum Kramermarkt empfehle:
Weine vom Faß
in bekannter Güte.
J. Schmidt aus Delmenhorst
Stand wie in den Vorjahren.

Volkshochschule Oldenburg.

Beginn der Lehrgänge: Montag, den 16. Oktober.

Hörerkarte 100 Mk. — Einschreibegebühr 10 Mk. Programm 5 Mk. durch die Buchhandlung von Bültmann & Gerriets, Lange Str., und die Dürerhaus-Buchhandl., Mottenstraße.

Donnerstag
zwei letzte Vorstellungen!

Zirkus Corty-Althoff

Oldenburg-Pferdemarkt

2 **Täglich große Vorstellungen!** 2
3½ und 7½ Uhr.
Ohne Pause.

Riesen-Programm
wie es Oldenburg noch niemals sah!

Nansens Seelöwen!!
4 Weitzmanns,
die waghalsigsten
Turmseilkünstler

Nachmittags volles Abend-Programm. — Nachmittags Kinder halbe Preise.

Täglich von 10½—12½ Uhr:
Marstallbesichtigung!
72 Rassepferde. Seelöwen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Wilhelmshaven-Rüstringen.

Bekanntmachung.

Gemäß § 94 der Satzung werden die Herren Ausschußmitglieder hiermit zu der **am Donnerstag, dem 12. Oktober 1922,** abends 8 Uhr, im Lokal des **Herrn Rath,** Rüstringen, Grenzstr. 6 stattfindenden

Ausschuß-Sitzung

höflichst eingeladen.

Tagesordnung:
1. Änderung der Grundlöhne.
2. Erhöhung der Beiträge.
3. Satzungsänderungen.
4. Versicherung der Hausgewerbetreibenden.
5. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für die Prüfung der Rechnung pro 1922.
6. Sonstiges.

Die Herren Ausschußmitglieder werden gebeten pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Wilhelmshaven, den 3. Oktober 1922.
Der Vorstand.
F. Freudenberg, Vorsitzender.

Wilhelmshaven. Gesellschaftshaus
(früher Kaiserkrone).

Freitag, den 6. Oktober, abends 7.30 Uhr:

Oeffentliche Beamten-Versammlung.

Referent: Reichstagsabg. Morath, Mitglied des 23. Ausschusses des Reichstages.
Eintritt 5.— Mk.

Deutscher Beamten-Bund,
Ortskartell Wilhelmshaven-Rüstringen.

Plakate
aller Art stets vorrätig bei
Paul Hug & Co.

Pickel! Mitesser!
Kostenlos gebe ich jedem gern Auskunft über ein einfaches, oft wunderbares Mittel.
Frau M. Poloni
Hannover D 502
Schließfach 106

Chem. Reinigung
F. W. Mäkler.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett. dir. an Priv. Kat. 55 U frei Eisenmöbel-Fabrik **Suhl i. Thür.** [9050

Brockhaus Lexicon (14. Aufl.), wie neu, zu verkaufen. Offerten m. **Preis u. R. 4263 erb.**

Wir suchen zu sofortig. Antritt älteren, zuverlässigen u. stadtbekannt.
Kutscher
unter besonders günstig. Bedingungen.
Genossensch.-Bäckerei
Banter Mühle.

Tausche kl. 3räumige Wohnung g. gr. 3- oder 4räum. Wohnung. Off. u. R 4269 a. d. Exped. d. Bl.

Zu tauschen gesucht
große zweiräumige Parterrewohnung (ruhige Lage, geringe Miete) gegen dreiräumige Wohnung. **Genossenschaftsbäckerei,** Banter Mühle. [4276

Getrag. Herrensachen zu verkaufen. Zu erfr. Bismarckstraße 147 II.

Lederjacke zu kaufen gesucht.
Börsenstraße 68, p. r.

Kaufe
jeden Post. getr. Herrenkleider, Schuhe, Marine-Ueberzieher, Hosen, bl. Hemden, Takelzeug, Jumper sowie Schmucksachen aller Art zu den höchsten Tagespreisen.
An- und Verkauf
Grünstr. 6, Tel. 1579

Erdal
Marke Rotfrosch – Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 232
36. Jahrgang

Beilage zur Republik.

Mittwoch, den 4. Oktober 1922

Oldenburg und Ostfriesland.

Werbt für Partei und Presse!

Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben:

Die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, in weiten Kreisen der Arbeiterschaft heiß ersehnt, ist auf dem gemeinsamen Parteitage in Nürnberg beschlossen worden. Die Arbeiten zur organisatorischen Verschmelzung sind im Gange. Bald werden wieder die Angehörigen beider Parteien gemeinsam raten und taten. Hart und bitter haben die meisten den Hader der letzten Jahre empfunden und freudigen Herzens erhoffen sie von der geeinten Partei fruchtbringende Arbeit. Eins aber darf nicht vergessen werden! Viele Tausende von Kopf- und Handarbeitern stehen abseits, anstatt mit ihren Klassengenossen in Reih und Glied zu marschieren. Diese gilts heranzuholen und zu gewinnen für die Ideen des Sozialismus. **Die Macht der Arbeiterschaft liegt in ihrer Masse!** — Es gilt die Massen einzureihen in die Bataillone der Partei und zu schulen. — Die Beschlüsse von Nürnberg haben bei Millionen von Arbeitern freudige Zustimmung gefunden, aber sie bleiben Schall und Rauch, wenn nicht aus ihnen der Wille erwächst zu positiver Werbearbeit. — Hart lastet auf dem arbeitenden Volke die Schwere der gegenwärtigen Zeit. Unerhörter Wucher drückt die Lebenshaltung. Ein schwerer Winter steht vor der Tür! — Die organisierte sozialistisch denkende Arbeiterschaft hat längst erkannt, daß **ihre Stärke in ihrer Selbsthilfe, in ihren Organisationen liegt.** — Diese Erkenntnis muß Gemeingut aller Arbeiter werden. Wohl ist es nicht immer leicht, für die Partei zu werben. Es gilt sehr häufig, den Kampf gegen Resignation und Pessimismus zu führen. Auch Nörgelsucht und kleinlicher Egoismus müssen überwunden werden. Vielen fehlt das Zutrauen zur eigenen Kraft. — Und doch! — Welche Macht hat die Arbeiterschaft, wenn sie ihre Kraft erkennt, wenn sie den Willen zur Macht wirklich hat! — Sorgen wir dafür, daß überall dieser Wille zur Macht geweckt und lebendig werde.

•

Es ist aber nicht allein die Partei, für die wir jetzt mit doppelten Kräften werben müssen. Neben der Parteiorganisation steht die Presse, die tausendfach hinausgeht und die nicht nur den Mitgliedern der Organisation zugängig ist. Viel intensiver als Demonstrationsversammlungen und gelegentliche öffentliche Versammlungen **vermag die sozialistische Zeitung Werbearbeit zu verrichten.** Die Zeitung kommt täglich ins Haus, ihre Lektüre festigt die Ansichten, schafft Klarheit da, wo noch Zweifel sind. Für ihre Ausbreitung müssen wir jetzt sorgen, um so mehr, als der Papierwucher auch die sozialistische Presse bedroht. **Die Presse ist wichtiger als Gottesdienst.** Dieser Ansicht ist z. B. der Bischof von Limburg, der eine Mahnung zur Unterstützung der klerikalen Presse erließ. Er schrieb: „Die Macht der Presse ist die größte Macht der Welt. Es muß dem katholischen Volke zum Bewußtsein gebracht werden, daß Gaben und Opfer für unser Pressewesen Gott wohlgefälliger sind und den Interessen unserer Kirche und der Seelen bisweilen besser dienen als Stiftungen von kirchlichen Geräten, ja sogar von gottesdienstlichen Feiern." — Die Not der gesamten Presse ist groß. Wenn ein hoher Klerikaler davon überzeugt ist, daß sogar Gott und seine Heiligen zugunsten der klerikalen Presse zu Einschränkungen ihrer Opferansprüche geneigt sind, wird es den Arbeitern und Angestellten, die zu den weniger frommen Zeitungslesern gehören, klar sein, daß ihre Presse für sie ebenfalls das Wichtigste ist.

Wesentliche Hemmungen für die Agitation sind jetzt beseitigt. Bisher hatten wir die Spaltung. **Jetzt aber haben wir die Einigkeit.** Die Halbheit lähmte jeden Kräfteeinsatz, durch Kräftevereinigung und gemeinsamen Kampf erreichen wir alles. **Gehen wir daher mit Begeisterung zu neuer Arbeit.** Damit ist nicht gesagt, daß die Begeisterung jede Kritik überflüssig macht. Meinungsverschiedenheiten theoretischer oder taktischer Art werden immer bestehen. Ihr Vorhandensein ist der Beweis des Lebens und des Fortschritts in der Partei. Das Versammlungsleben und auch die Presse werden diese geistige Bewegung widerspiegeln, wie es bisher der Fall war. Wo Meinungsverschiedenheiten auftreten, werden sie im Geiste der Freundschaft und Versöhnung ausgetragen werden müssen. Dadurch wird aber — wie bisher — nicht die Stoßkraft des Proletariats gelähmt.

Vergessen wir in der Freude über die Vereinigung nicht, daß wir im Kapitalismus einen kalt berechnenden Gegner haben, dem jede Gefühlsmomente abgehen. Nur das geistig aufgeklärte Proletariat und nicht die gefühlsmäßig erregte Masse kann diesem Gegner gleichwertig sein. Revolutionär sein bedeutet nicht schöne Worte und große Gesten, sondern an sich selbst arbeiten und mit Wissen gerüstet und zäher Willenskraft dem Gegner Schritt vor Schritt den Boden streitig machen. Das Rüstzeug zu diesem Kampfe erhalten die Arbeiter, Angestellten und Beamten **in der Parteiorganisation und durch die sozialistische Presse. Darum heraus aus der Lauheit, hinein in die Massenpartei der Sozialdemokratie.**

Mühselige Kleinarbeit muß beginnen. Der größte Teil der bisher der unabhängigen Sozialdemokratie angehörenden Genossen kommt geschlossen. Aber die andern, die sich bisher von ihrer Klassenpflicht gedrückt haben, die gilt es zu erfassen. Jetzt haben sie nicht mehr die Ausrede: „Ich bin Mitglied der anderen Partei" oder „Ich bin Abonnent jenes Parteiblattes" (womit auch immer das andere gemeint war). Jetzt gilt es Farbe bekennen. **Es gibt nur eine Partei und nur eine Presse.**

Schon laufen Meldungen ein, daß in den Betrieben die Anziehungskraft der vereinigten Partei wirksam ist. Schon strömen Indifferente zurück. Aber auch in den Gewerkschaften ist jetzt die Bahn frei. Partei und Gewerkschaften sind wieder eins. Ueberall bietet sich die Möglichkeit, die Werbearbeit für die Organisation und die Presse aufzunehmen. Eine Organisation, ob Partei oder Gewerkschaft, kann nur wirken, wenn sie groß und mächtig ist. Die Stimme der Presse wird nur gehört, wenn sie getragen wird von der Masse, die ihr treu ergeben ist. **Werben wir daher Mitglieder für die Partei und Leser für die sozialistische Presse.**

Parteiversammlung.

Am Donnerstag den 5. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Werftspeisehaus eine Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins der Jadestädte statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht von den Parteitagen in Augsburg und Nürnberg, 2. Parteiangelegenheiten, 3. Verschiedenes. — Die Versammlung ist wegen der bevorstehenden Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien sehr wichtig. Wir machen unsere Genossen und Genossinnen darauf aufmerksam und möchten die Erwartung aussprechen, daß sie recht zahlreich erscheinen. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Ein zweckmäßiger Beschluß.

Die Gemeinden haben unter der drückenden Finanznot schwer zu leiden. Die Mittel, die ihnen zurzeit zur Verfügung stehen, genügen nicht, um sie aus der Not herauszubringen, es sei denn, daß sie sich zu Taten aufraffen, die mehr sind als ein Versuch, mit kleinen Mitteln zu helfen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Gemeinderat in Schortens kurzerhand die bisherigen kleinen Steuern abgelehnt und beschlossen, nur eine Steuer, eine sogenannte Grundsteuer, einzuführen. Besteuert werden liegende Gründe wie folgt: Schlechtes Land wird mit 150 Mark pro Hektar, mittleres Land mit 300 Mark pro Hektar und schweres Land mit 450 Mark pro Hektar besteuert. Die kleinen Steuern, wie Fahrradsteuer, Polstermöbelsteuer, Zuschläge zur Gewerbesteuer usw. wurden abgelehnt. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Der Gemeinderat hofft, mit dieser Veranlagung, die sozial durchaus gerecht ist, weit besser der Schwierigkeiten Herr zu werden, wie bisher.

Bericht des Arbeitersekretariats.

Das Arbeitersekretariat von Rüstringen-Wilhelmshaven wurde im dritten Vierteljahr von 869 Personen in Anspruch genommen. 30 Besuche waren wiederholte. Die verhandelten Angelegenheiten waren 896. Schriftsätze wurden 332 (einschließlich 15 schriftliche Auskünfte) neben dem üblichen Schriftverkehr angefertigt. Die erteilten Auskünfte verteilen sich auf folgende Gebiete: Arbeiterversicherung 108, Arbeits- und Dienstvertrag 98, Bürgerliches Recht 418, Strafrecht 60, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 186, Sonstiges 26.

Das Sekretariat wurde aufgesucht von 569 Arbeitern, 271 Arbeiterinnen, 15 männlichen Personen anderer Klassen, 14 weiblichen Personen anderer Klassen. Nur gewerkschaftlich organisiert waren 421, nur politisch organisiert 10, beides 44 Personen. Aus Rüstringen waren 629, aus Wilhelmshaven 131, aus sonstigen Orten Oldenburgs 65, aus sonstigen Orten Preußens 31, aus dem übrigen Deutschland 13.

Elfmal intervenierte der Sekretär persönlich; neue Akten wurden 18 angelegt. Das Arbeitersekretariat ist täglich vormittags von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr, mit Ausnahme von Mittwoch nachmittags und Sonntags, geöffnet. Schriftlichen Anfragen ist Rückporto beizufügen.

Das weiße Gespenst.

In manchem Jahre schon haben die Menschen in den Wochen, da sich die Welt herbstlich bunt färbte, mit großer Sorge gefragt: Wie wird es werden, wenn der Winter kommt? Ein harter Winter steht bevor, die Armen können sich keine Kartoffeln, kein Heizmaterial kaufen. Nun haben wir schon manchen schweren, langen Winter überstanden. Manche Familien darf man allerdings nicht fragen, wie sie diese Elendswinter überstanden haben. Der kommende Winter aber wirkt schon jetzt wie ein Schreckgespenst. Wohl nie zuvor hat die Bevölkerung der Städte eine solche Sorge um den Winter gehabt. Schon während des ganzen Sommers sind Hunderttausende auf der Jagd nach preiswertem Heizmaterial. Der Ofen will viele lange Wochen Futter haben.

Wie wird es nun mit der Kohlenversorgung werden? Werden Verhältnisse eintreten, die es uns möglich machen, das notwendigste Maß an Hausbrand zu erhalten? Wer kann ohne Murren diese gewaltigen Preise ertragen! Nur der Ofenbrand, ohne Holz wohlgemerkt, erfordert heute mehr als früher das ganze durchschnittliche Jahreseinkommen einer Arbeiterfamilie betrug.

Und dann erst die Holzpreise! Allerorten sinken große Waldstrecken unter der Axt. Orgien feiert der Holzwucher. Man kann gleich warten auf den höheren Preis. Wer soll das bezahlen? Der Arbeiter kann es nicht, auch nicht der Beamte, der Mittelstand. Nur Schieber und Wucherer stopfen sich die Keller voll.

Es gibt glückliche Menschen, die im tollsten Wirbel der Teuerung gelassen und ruhig ihres Weges gehen, die im Essen, Trinken und in der Kleidung noch nichts zu entbehren brauchen. Das sind freilich nicht die Leute, die in Werkstatt und Bureau wertvolle Arbeit leisten. Diese müssen einen verzweifelten Kampf führen gegen Entbehrung und Not. Diesen droht der Winter grimmig und hart. Und sie müssen sich trotz alledem behaupten, dürfen nicht verzagen. Denn auf ihnen ruht die Gegenwart und die Zukunft des Volkes. Es müssen energische Maßnahmen getroffen werden, daß die schaffenden Teile des Volkes im Winter sich schützen können gegen Hunger und Kälte.

Zentralverband der Angestellten.

Der Gau Nordwestdeutschland des Zentralverbandes der Angestellten hielt kürzlich in Oldenburg seine diesjährige Gaukonferenz ab.

Die alljährliche Heerschau dieser freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation hatte in allen Orten Nordwestdeutschlands ein reges Interesse hervorgerufen und waren infolgedessen auch Vertreter von fast allen Ortsgruppen erschienen.

Der Gauleiter Schlüter konnte im Jahresbericht von einem guten Stand der Organisation berichten. Im letzten Berichtsjahr wurden 4 neue Ortsgruppen und eine neue Bezirksgeschäftsstelle in Ostfriesland (Emden) eingerichtet. Auch die Mitgliederentwicklung war als absolut zufriedenstellend anzusehen. Die Organisation sei an fast allen Angestelltentarifen, die im nordwestdeutschen Gebiete abgeschlossen sind, beteiligt. Es sei jedoch mit der Tarifbewegung ein ziemlicher Widerstand der Arbeitgeber bei Tarifabschlüssen zu verzeichnen. Die Arbeitgeber hätten den Gedanken der Zentralarbeitsgemeinschaft zum guten Teil verlassen und wollten wieder zur rein individuellen Bezahlungsweise zurückkehren. Das würde einen Zustand wieder herbeiführen, der die Arbeitgeber allein über das Gehalt bestimmen ließe. — Besonders in der Fachgruppe Seeschiffswerften würde zurzeit ein schwerer Kampf um den Tarif überhaupt ausgekämpft.

Auch die Jugendbewegung ist sehr gut vorangekommen. Das

Die arme Sünderin.

Roman von Ernst von Wolzogen.

10) (Nachdruck verboten)

3. Kapitel.

Am anderen Morgen erwachte Philipp Dorn erst gegen zehn Uhr. Die große Abspannung des verflossenen Tages und reichlicher Alkoholgenuß hatten ihm neun Stunden festen Schlafs beschert. Nun war er aber auch wirklich munter und bereit, den Kampf mit seiner gereizten kleinen Hausehre wieder aufzunehmen.

Es war ein Sonntag und das Wetter elend wie gestern, also keine rechte Möglichkeit, sich gänzlich auszuweichen. Nach der bestimmten, beinahe einem feierlichen Schwur gleichkommenden Versicherung Carrys hätte er sich eigentlich kaum wundern dürfen, wenn man ihm heute zum Frühstück die Nachricht überbracht hätte, daß Madame in aller Frühe abgereist sei. Statt dessen war das erste, was ihn beim Erwachen grüßte, ihre helle Stimme, die beim gelegentlichen Oeffnen der Salontür ganz fröhlich zu ihm heraufschallte. Sie sang ein Lied der leichteren Gattung und begleitete sich dazu selbst auf dem Klavier. Aber Herr Dorn wunderte sich darüber auch nicht im geringsten. Frau Carry hatte in ihrem zehnjährigen Eheleben gewiß schon nahezu tausend unerfüllte Schwüre auf ihr Gewissen geladen, und so schnell sie mit einem bitterernsten Ultimatum bei der Hand war, so sicher konnte man darauf rechnen, daß sie noch ein Ultimatius und ein Ultimatissimum in Bereitschaft hatte. Er konnte sich denn auch nicht enthalten, nach der ersten, äußerst frostigen Begrüßung die Frage an Madame zu richten, ob die Koffer bereits gepackt seien.

„Die Koffer?" gab sie gekränkt zur Antwort. „Erstens einmal nehme ich nur das Notwendigste mit, und zweitens warte ich nur noch auf ein Telegramm von Wilhelm, ob und wann er mich haben will."

Dieses beides war nun wirklich ganz toll gelogen. Denn erstens einmal hatte noch niemand sie ohne mindestens zehn Stück Gepäck auf der Reise gesehen, und zweitens hatte sie immer noch nicht an den Bruder Wilhelm geschrieben. Die Erledigung unangenehmer Dinge war sie gewöhnt, so weit wie möglich hinauszuschieben. Und überdiens war ihr Selbstvertrauen und ihre Hoffnungsfreudigkeit nicht so leicht zu erschüttern: selbst nach dem heftigen Zusammenstoß von gestern nachmittag rechnete sie noch zuversichtlich darauf, daß er erkennen und bereuen würde. Sie wäre ihm dann ohne weitere Sperenzien mit derjenigen Anmut, die sie auszeichnete, versöhnt und gerührt in die Arme gesunken. Heute morgen bei der Toilette vor dem großen Spiegel hatte sie sich die ergreifende Szene so schön vorgestellt und sich förmlich dabei gesehen. Aber der Esel fing ja nicht an! Und sie konnte unmöglich das erste Wort geben, denn sie war die Schwerbeleidigte.

Was Wunder, daß sich dieser Sonntag für die ganze Familie Dorn zu einem recht unerquicklichen gestaltete. Er war ironisch, sie maliziös, die Kinder bockig und zu unmotiviertem Geheul geneigt, und die Dienstboten, die natürlich schon längst gemerkt hatten, daß der eheliche Krieg offiziell erklärt war, schwelgten in Schadenfreude und strichen wie die Kätzlein an den Türen herum, in der Hoffnung, daß die gespitzten Ohren ihnen zu einer interessanten Momentaufnahme verhelfen würden.

Am Nachmittag kam die liebe Schwiegermama zum Kaffee. Frau Dorn war eine Dame von einigen sechzig Jahren, die ziemlich mißvergnügt und freudenarm mit einer Gesellschafterin in Berlin SW. wohnte und mit ihrem Sohne den Mangel an Fülle und Schönheit gemein hatte; sonst aber eine recht brave Dame. Der Mann war Amtsgerichtsrat gewesen. Sie liebte ihren einzigen Sohn zärtlich und duldete mit Anstand die Schwiegertochter, die ihr nie sehr sympathisch gewesen war. Die Frau Rätin war eine gute Schwiegermutter, denn sie kam trotz der Nähe von Steglitz nur alle vier Wochen zum Besuch hinaus und beanspruchte auch nur einen Gegenbesuch im Monat. Die Enkelkinder erklärte sie selbstverständlich mit innigster Genugtuung alle drei für den reinen Vater, wogegen sie die Mutter an allen fühlbaren Erziehungsmängeln erkannte. Als Dame von Grundsätzen mußte sie selbstverständlich die wilde Planlosigkeit in der Mutterliebe Carrys als einen Greuel empfinden.

Es war ja schon öfter vorgekommen, daß die Frau Rätin just an Schmoll- und Grolltagen der Steglitzer Schwiegersippe ins Haus gefallen war. Aber dann hatten sich immer beide Parteien einen moralischen Ruck gegeben, um die Frau Mutter nichts merken zu lassen. Auch heute hätten die Herrschaften vielleicht selbst unter den erschwerten Umständen ein Uebriges getan, wenn nicht von vornherein die Kinder jede Heuchelei überflüssig gemacht hätten, indem sie der Großmama sofort mit der interessanten Neuigkeit entgegensprangen, daß Papa bös sei und Mama nicht mehr in ihrem Bett schlafen lassen wollte. Da Frau Carry bei dieser Aeußerung zugegen gewesen war, so blieb ihr gar nichts weiter übrig, als sie zu bestätigen und zu erklären. Sie tat das auch gar nicht ungern, denn sie nahm an, daß die Schwiegermama trotz ihrer Jahre noch Weib genug sein mußte, um die schwere Beleidigung voll als solche zu empfinden. Wie sehr sie auch sonst immer auf seiten ihres Sohnes stehen mochte, das konnte sie doch nicht zugeben, daß er seine Gattin leichtsinnig der Untreue beschuldigte. Sie würde ihm vielleicht ins Gewissen reden, und dann würde er kommen und abbitten, und alles würde gut werden. In dieser Erwägung war Frau Carry heut liebenswürdiger denn je gegen die Schwiegermama. Aber auch Philipp entwickelte heut eine geradezu unheimliche Liebenswürdigkeit, und dazu war weder Heuchelei noch besondere Anstrengung vonnöten; denn es war ihm wirklich eine Wohltat in seiner traurigen Herzensverlassenheit, die Mutter bei sich zu sehen als das einzige weibliche Wesen, auf dessen guten Willen er unter allen Umständen bauen durfte.

Bald nachdem man den Familienkaffee in gedrücktester Stimmung eingenommen, hatte Frau Carry Gelegenheit zu finden gewußt, ihren Mann mit seiner Mutter allein zu lassen. Sie war überzeugt, daß er, wie sich's gehörte, die Leviten gelesen bekommen und danach den Tag des Herrn in bußfertiger Stimmung beschließen werde. Sie war daher nicht wenig erstaunt, als ihr Gatte, sobald sie sich nach etwa halbstündiger Abwesenheit wieder im Salon blicken ließ, in beleidigend geschäftsmäßigem Ton sie also anredete: „Ah, da bist du ja. Ich wollte dich schon bitten lassen, herunterzukommen. Ich habe mit Mama über die Sachlage geredet, und wir sind zu einem Entschluß gekommen, den ich dir also hiermit unterbreite: da du bei deiner Absicht beharrst, dich bei deinem Bruder zu erholen von der deiner Meinung nach ungerechten Behandlung, die ich dir zuteil werden lasse, und du auf diese Reise für unbestimmte Zeit natürlich die Kinder nicht mitnehmen kannst, ich aber andererseits nicht imstande bin, die Kinder genügend zu beaufsichtigen, so wird meine Mama die Freundlichkeit haben, bei mir zu wohnen, bis du dein Unrecht eingesehen und dich zur Heimkehr entschlossen haben wirst."

Jetzt erst setzte sich Frau Carry. Den wohlüberlegten, feingedrechselten Urteilsspruch hatte sie stehend angehört. Aber diese Ueberraschung war ihr doch in die Knie gefahren; sie war tatsächlich mehrere Sekunden lang sprachlos. Dann starrte sie mit großen Augen die stocksteif in der Sofaecke thronende Schwiegermutter an und sagte: „Aber, Mama, das ist doch wohl nicht möglich! Ich habe mich wohl verhört? Was Philipp da gesprochen hat, kann doch unmöglich auch deine Ansicht sein. Ich habe dir doch erzählt, wie alles gekommen ist. Er hat durchs Schlüsselloch gesehen, wie ein kecker Mensch, der mir ganz gleichgültig ist, mich gegen meinen Willen geküßt hat, und hat mich daraufhin unerhört beleidigt! Und nun wollt ihr mich in die Verbannung schicken, und ich soll einsehen und abbitten und was weiß ich, und die Kinder sollen mir genommen werden und hinter meinem Rücken gegen mich aufgehetzt — und alle Welt soll mit der Nase darauf gestoßen werden, daß ich wie eine Verbrecherin aus dem Hause gejagt werde?! — Habt ihr nicht vielleicht auch die Scheidungsklage schon aufgesetzt oder nach der Polizei geschickt, falls ich mich weigere, mein Haus zu verlassen, mein Haus — jawohl, mein Haus! Denn von meinem Gelde hast du's gebaut, und deine drei Kinder habe ich dir unter diesem Dache geboren!" Sie hatte sich in laute Erregung hineingesteigert, und bei den letzten Worten flossen gar schon die Tränen.

Philipp rang die Hände und schrie verzweifelt: „Was bringst du denn da wieder alles durcheinander! Das ist ja ein wahnsinniger Blödsinn! Wer spricht denn von Aus-dem-Hause-jagen?! Du willst doch durchaus fort, du hast doch gleich in der ersten Hitze an deinen Bruder geschrieben."

„Ja, das habe ich auch! Das wird mir wohl noch erlaubt sein! Meine guten Brüder sind doch noch der einzige Halt, den ich habe. Ihr seid ja alle gegen mich verschworen!" Und sie rollte ihr feines Spitzentüchlein zu einer nußgroßen Kugel zusammen und tupfte damit die salzige Flut von ihren Wangen auf.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

kürzlich abgehaltene erste Gaujugendtreffen in Oldenburg hatte eine so zahlreiche Beteiligung gefunden, daß man um die Zukunft der Organisation nicht bange zu sein brauche. — An den Bericht knüpfte sich eine rege Aussprache.

Am zweiten Tag referierte der Gauleiter Schlüter über die gleitende Lohnskala. Des weiteren gibt Uko-Berlin einen informatorischen Bericht über den Stand der Sozialgesetzgebung, der Sanierungsordnung, des Arbeitsnachweisgesetzes, der Arbeitslosenversicherung, des Arbeitszeitgesetzes und dem Gesetz über die Sonntagsruhe. Er führte aus, daß durch die Sonderbestrebungen — besonders der deutschnationalen Handlungsgehilfen — sehr viele freigewerkschaftliche Wünsche sabotiert würden.

Nach einer längeren Aussprache über die Jugendfrage wurde die impulsante und arbeitsreiche Tagung am Sonntag geschlossen.

Die Tagung hat bewiesen, daß auch in Nordwestdeutschland unter den kaufmännischen und Verwaltungsangestellten der freigewerkschaftliche Gedanke so fest verankert ist, daß die besten Hoffnungen für die Zukunft bestehen.

Rüstringen.

Gemeinsame Sitzung der Stadtvertretungen. Am Freitag nachmittag 5 Uhr findet im Wilhelmshavener Rathaus eine gemeinsame öffentliche Sitzung der beiden städtischen Kollegien statt.

Vertrauensmännersitzung. Heute abend 8 Uhr findet im Werftspeisehaus (Gartenveranda) eine Sitzung der Vertrauensleute beider Parteien statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung werden sämtliche Vertrauensleute ersucht, zu erscheinen.

Achtung, Bauarbeiter. Donnerstag nachmittag, gleich nach Feierabend (4 Uhr) sehr wichtige Versammlung im Werftspeisehaus. Tagesordnung: Lohnangebot der Unternehmer betr.

Naturheilverein Rüstringen-Wilhelmshaven (e. V.). Uns wird berichtet: Am Sonnabend den 30. September d. J. feierte der Verein in den Räumen des Kolpinghauses in Rüstringen sein 9jähriges Stiftungsfest. Der Festausschuß hatte schon mehrere Wochen vorher seine Vorbereitungen zu dieser Feier getroffen, so daß dieser Abend mit einem reichhaltigen Programm ausgefüllt werden konnte. Der festlich geschmückte Saal war überfüllt von Gästen und Mitgliedern; ein Zeichen, daß das Interesse an der Naturheilbewegung hier am Orte immer mehr gewinnt. Eröffnet wurde die Feier vom zweiten Vorsitzenden Herrn Abl. Er hieß alle Gäste und Mitglieder herzlich willkommen und wünschte ihnen einen vergnügten heiteren Abend. Die Festrede hielt der Ehrenvorsitzende Herr Janßen. Die Gesangsabteilung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und der Arbeiter-Turnvereins Heppens hatten ihre besten Kräfte freiwillig zur Verfügung gestellt und verschönerten den Abend durch ihre Vorträge bzw. Vorführungen. Effektvoll wirkte der von Herrn Tanzlehrer Klemmsen eingeübte Reigen, welcher von jungen Damen des Vereins vorgeführt wurde. Ebenfalls das von Mitgliedern des Vereins vorgeführte holländische Original-Holzschuhtanz- und Gesangsduett. Die Glanznummer bildete das Theaterstück „Die Wasserpanscher", welches einen durchschlagenden Erfolg erzielte. Der darauf folgende Festball dauerte bis in die späten Morgenstunden hinein.

pr. Musikveranstaltungen in den Badestädten. Dem Konzertverein und dem Vortragswesen ist es gelungen, mit dem Oldenburger Landestheater-Orchester ein Uebereinkommen zu treffen. Das gesamte Orchester wird hier unter Verstärkung durch das hiesige Philharmonische Orchester zunächst vier Sinfoniekonzerte veranstalten. Zwei Morgenfeiern und zwei Kammerkonzerte sind ebenfalls in Aussicht genommen. Die Sinfoniekonzerte müssen durch das Abonnement gesichert sein; es sind zur Einzeichnung Listen in Fischers Musikhandlung ausgelegt. Der Konzertverein ist die finanzielle Stütze der Sache; es wird daher erwartet, daß sich recht viele neue Mitglieder melden. Die Abonnementsliste liegt daher bis zum 7. Oktober nur für den Konzertverein auf, dessen Mitglieder auf den Abonnementspreis nicht nur 20 Prozent Ermäßigung haben, sondern auch die Vorhand bei der Auswahl der Plätze.

Auch Händler kaufen. Zu der Darstellung im Marktbericht vom Sonnabend über das Aufkaufen von Waren durch Händler teilt die Polizei mit, daß kein Grund zum Einschreiten vorlag. Die Angabe der Mutter der Händlerin, sie kaufe die Bohnen für ihren Haushalt, erschien glaubhaft. Auch sei die Richtigkeit dieses später festgestellt. Die Aufforderung, den Markt zu verlassen, sei nicht nur an diese Frau, sondern auch die andere, die sich über den Kauf erregt habe, gerichtet gewesen. Durch die Auseinandersetzung erfolgte eine Ansammlung von Menschen, die die Aufforderung nötig gemacht habe. — Frau J., die uns den Vorfall mitteilte, erklärte, daß sie sich gegen den Kauf der Bohnen aus dem Grunde gewandt habe, weil die Mutter gesagt habe, sie kaufe die Bohnen mit für ihre Tochter und die Tochter, sie kaufe die Birnen mit für ihre Mutter. Jede der Frauen habe gesagt, die andere sei krank. Diese Sache sei ihr aufgefallen. Ob die Polizei auch nach dieser Seite hin Ermittelungen angestellt hat, wird nicht mitgeteilt. Es ist daher sehr erklärlich, wenn Leute, die solche Wahrnehmungen machen, unter den heutigen Verhältnissen erregt werden. Wir können der Polizei nur empfehlen, wenn Mitteilungen ähnlicher Art von Personen gemacht werden, den Dingen möglichst an Ort und Stelle auf den Grund zu gehen, dadurch werden unnötige Erregungen des Publikums vermieden.

Kontrollstellen für die Angestelltenversicherung. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte geht dazu über, die Zahl der Kontrollstellen zu vermehren. In Bremen ist jetzt für die Nordwestecke des Reiches eine selbständige Kontrollstelle eingerichtet worden. Bislang fand eine Nachprüfung der Beitragsentrichtung nur in geringem Umfange durch von Berlin aus entsandte Bureaubeamte statt. In Zukunft soll die Kontrolltätigkeit stärker ausgeübt werden.

Hilfshundertmarkscheine. Wie das Direktorium der Reichsbank in Berlin mitteilt, wird in den nächsten Tagen ein Hilfshundertmarkschein herausgebracht. Zur Bekämpfung der Bargeldnot sind Druckereien in einer ganzen Anzahl von Provinzstädten zum Notendruck herangezogen worden. Infolgedessen wird es möglich sein, von Beginn dieses Monats ab täglich acht Milliarden Bargeld in den Verkehr zu werfen, worin die Notgeldausgaben verschiedener Städte mit eingerechnet sind. Man erwartet, daß bei einem solchen Zustrom neuer Scheine, zu denen sich dann auch bald der 50 000-Mark-Schein gesellen wird, die Geldaufkäuferei aufhören wird. Gegen verschiedene Bargeldaufkäufer sind bereits Verfahren eingeleitet worden. Man erwartet, daß im Laufe des Oktobers ein großer Nachstrom von Bargeld in die Kassen der Reichsbank erfolgen und durch eine wesentliche Entspannung der Lage eintreten wird.

Nähgarnwucher. Die Wucherer im Nähgarnsyndikat, die die Nähgarnpreise bis auf das tausendfache gesteigert hatten, sind in letzter Zeit durch die Angriffe der Presse und die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers, Genossen Schmidt, etwas stutzig geworden. In einem Rundschreiben schreibt das Syndikat zu seiner Verteidigung, daß, wenn man Vergleiche mit der Vorkriegszeit mache, zu beachten sei, daß Nähgarne vor dem Krieg in der englischen Längeneinheit und jetzt in der um 10 Prozent größeren Längeneinheit des Meters geliefert werde. Danach betrug der Preis von 16. September das 616fache. Bei den Vergleichen zwischen den Kleinverkaufspreisen müsse bedacht werden, daß Nähgarne vor dem Kriege vielfach als Lockartikel zu oder unter Einkaufspreis auf den Markt gebracht wurden, was unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr möglich sei. Hierzu schreibt das „Berliner Tageblatt" u. a.: Für den Außenstehenden sind Kalkulationen meistens undurchsichtig, so auch hier. Das Blatt druckt die Zuschrift einer nicht dem Syndikat angehörenden Firma ab, die in der Lage ist, die Garne zu ganz bedeutend niedrigeren Preisen, als das Syndikat sie verlangt, abzugeben. Wir sind der Ueberzeugung, daß es sich bei den Preisen des Nähgarnsyndikats um glatten Wucher handelt und können dem Staatsanwalt nur raten, das Geschäftsgebaren des Syndikats einmal einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen.

5000 Mark Geschäftsanteil. An der Spitze derjenigen Konsumvereine, die ihren Geschäftsanteil der Geldentwertung entsprechend heraufgesetzt haben, steht ein süddeutscher Verein mit 5000 Mark Geschäftsanteil. Ihm folgt eine rheinische Genossenschaft mit einem Mitgliederanteil von 3000 Mark. Die Zahl der Vereine, deren Generalversammlungen 2000 Mark festgesetzt haben, beträgt 17. Sechs Vereine haben 1500 Mark beschlossen und neun Konsumgenossenschaften erhöhten den Anteil auf 1000 Mark. Eine Anzahl weiterer Vereine sind mit ihren Anteilserhöhungen unter dem Satze von 1000 Mark geblieben, was nicht von langer Dauer sein kann. — Eine Landesversammlung der bayerischen Konsumvereine hat beschlossen, die Vereinsverwaltungen zu verpflichten, sofort außerordentliche Generalversammlungen einzuberufen, in denen der Geschäftsanteil auf mindestens 2000 Mark gebracht wird, durch Einfassierung und restlose Gutschrift der Rückvergütung auf Geschäftsanteil für rasche Auffüllung des Geschäftsanteils Sorge zu tragen und Rückvergütung erst dann zur Auszahlung zu bringen, wenn der Geschäftsanteil erfüllt ist.

Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg. 41. Band, 153. Stück, enthält: Verordnung für den Freistaat Oldenburg vom 18. September 1922 zur Abänderung des Gesetzes für den Freistaat Oldenburg vom 8. September 1922 wegen Abänderung des Volksschullehrerdiensteinkommensgesetzes vom 12. Juli 1921. — Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 22. September 1922, betr. die Erhöhung des Kostgeldes für die Zöglinge der Taubstummenanstalt in Wildeshausen. — Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 22. September 1922, betr. Ausdehnung der Ministerialbekanntmachung vom 11. April 1892 über den Trödelhandel auf den Bezirk des Amtes Vechta.

Wilhelmshaven.

Beamtenversammlung. Wir werden gebeten, auf die am Freitag den 6. Oktober, abends 7½ Uhr, im Gesellschaftshause stattfindende öffentliche Beamtenversammlung hinzuweisen. Referent ist der Reichstagsabgeordnete Morath. Veranstalter der Deutsche Beamtenbund.

Milchfälschungen. Bei den heutigen teuren Preisen wünscht gewiß jeder, auch wirklich reine Milch zu bekommen. Um nun festzustellen, ob die Milch unverfälscht ist, gibt es für die Hausfrau einige einfache Prüfmittel. Beispielsweise fühlt sich eine unverfälschte Milch zwischen den Fingern gerieben, fettig an. Läßt man einen Tropfen Milch ins Wasser fallen, so muß er bei guter Milch untersinken. Eine sehr wichtige Probe ist die, daß man mittels eines Löffels, eines Holzchens oder einer Gabel einen Tropfen ungekochter Milch auf einen trockenen Fingernagel fließen läßt. Bleibt er rund und gewölbt darauf stehen, so ist die Milch frei von jedem Zusatz, fließt er aber auseinander, so ist sie mehr oder weniger verfälscht. Ein sicheres Zeichen für gute Milch ist ferner, daß gekochte Milch beim Verdampfen auf ihrer Oberfläche sofort eine feine Haut bildet. Die Kennzeichen der Milch von kranken Tieren sind: unangenehmer, scharfer Geruch, starkes bläuliches oder rötliches Aussehen, manchmal auch grünliche Färbung.

Seezeichen. Feuerschiff „Außenjade" ist wieder ausgelegt worden. Ungef. Lage: 53 Grad 52 Min. N., 7 Grad 57 Min. O. Das Reserve-Feuerschiff ist eingezogen worden.

Seezeichen. In der ersten Hälfte des Oktobers wird das Feuerschiff „Weser" gegen das Reserve-Feuerschiff ausgewechselt. Dabei wird die Station für kurze Zeit unbesetzt bleiben.

Neue Entfernungsgrenze für Schülerrückfahrkarten. Die von der Reichsbahn den Schülern zur Fahrt zwischen dem Schulort und dem Wohnort der Eltern oder Erzieher gewährten Schülerrückfahrkarten wurden bisher bestimmungsgemäß nur bis zu einer Entfernungsgrenze von 100 Kilometern ausgegeben, welche in Ausnahmefällen um 10 Prozent überschritten werden durfte. Da durch diese Beschränkung der Vergünstigung auf 100 Kilometer Entfernungsgrenze dem Bedürfnis des Schülerverkehrs nicht genügend Rechnung getragen wird, ist mit Gültigkeit vom 1. Oktober diese Grenze in Anlehnung an die Bestimmungen über die Ausgabe von Arbeiterrückfahrkarten auf 150 Kilometer ausgedehnt worden.

Briefpost nach Amerika im Monat Oktober. Briefpost nach Nordamerika geht im Oktober am 11. von Southampton und Bremerhaven, 14. und 18. von Southampton, 17. von Hamburg, 21. von Southampton und Hamburg, 25. von Southampton und Bremerhaven, 28. von Southampton. Briefe, Postkarten, Geschäftspapiere, eilige Drucksachen und politische Zeitungen gehen auch über den englischen Hafen, alles andere nur über die deutschen. Schlußzeit für Southampton ist für den Norden und Osten und Hamburg drei Tage vorher 10 Uhr nachmittags, dann sowie überhaupt für den Westen und Süden in Köln-Deutz zwei Tage vorher 7 Uhr nachmittags. Für Hamburg und Bremen ist Schlußzeit im allgemeinen am Tage vorher. Die Ueberfahrt nach Neuyork dauert von Southampton sieben Tage, von den deutschen Häfen neun bis zehn Tage.

Allgemeine Ortskrankenkasse. Der Kassenvorstand gibt bekannt, daß die Beiträge vom 2. Oktober ab erhöht werden. Dieselben betragen vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses 10 Prozent vom Grundlohn.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Arbeitersport. Heute Mittwoch abend 8 Uhr findet im Hansasaal (Müllner) eine Zusammenkunft aller Schiedsrichter statt.

Literatur.

Max Beer. Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. Band 4. „Die Zeit von 1750—1860." Berlin SW 68. Verlag für Sozialwissenschaft. Preis 120,— Mk. Die Zeit von 1750 bis 1860, die Max Beer in diesem vierten Band seiner „Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe" behandelt, ist grundlegend gewesen für die ganze europäische Entwicklung. Die wirtschaftliche Umwälzung in England und Frankreich, die in beiden Ländern von politischen Revolutionen begleitet war, schaffte auch für die Arbeiterschaft neue Lebensbedingungen und brachte sie in unaufhaltbar wachsende Bewegung. Dieses Erwachen der neuen Zeit „at Beer in seiner, schon aus den ersten drei Bänden bekannten gründlichen, aber dennoch bemerkenswert klaren und persönlichen Art so anschaulich geschildert, daß er auch von jedem nicht vorgebildeten Leser ohne weiteres verstanden werden wird.

Vermischtes.

Eine Säckingen-Bühne. An dem berühmten Waldsee in Säckingen wollen schweizerische, holländische und deutsche Kunstfreunde mit einem Kostenaufwande von 3 Millionen Mark eine Scheffel-Freilichtbühne errichten, die den Scheffel-Freunden hauptsächlich den „Trompeter von Säckingen" und den „Ekkehard" vermitteln soll.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Jungsozialistengruppe. Die Zusammenkunft am Donnerstag fällt wegen der Parteiversammlung aus.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Ritche, Rüstringen, für Provinzielles Karl Schah, Wilhelmsh., Verlag Paul Hug. Druck Paul Hug u. Co., Rüstringen.

Das O. V. – eine Stätte des Jammers.

Ein freundlich aussehendes Zimmer; in der Mitte ein großer Tisch mit grünem Tuch bespannt, ringsherum Stühle. Am Fenster ein kleiner Tisch, daneben ein Aktenschränkchen, an den Wänden noch zwei oder drei Tischchen. An einem derselben sitzt ein wohlaussehender Herr. Am großen Tisch sitzt in der Mitte ein Herr in den besten Jahren — mitunter auch ein älterer — ihm zur Seite rechts und links je zwei Herren mit mehr oder minder leidensmüdem Gesichtsausdruck; sehr oft scheint es, als ob ein Schatten der Langeweile über ihre Züge huscht und erleichtert atmen sie auf, wenn der Herr in der Mitte das letzte der dicken Aktenbündel, die vor ihm auf dem Tische liegen, ergreift, und zur Verlesung bringt. Dann ist die mühevolle Arbeit beendet, und sie können nach Hause gehen.

Ob sie sich immer genau bewußt sind, was von ihrem Urteil abhängt und wieviel Hoffnungen manchmal dort zerstört werden, durch schwerwiegende, dem Betroffenen oft hart und ungerecht dünkende Urteile. Viel Elend und Verzweiflung kann man in diesem Raume sehen, in dem die Sitzungen des Oberversicherungsamtes stattfinden.

Der Vorsitzende, zuweilen ein freundlicher Herr, der bemüht ist, den alten gebrechlichen Antragstellern, die in oft jahrzehntelanger harter Fronarbeit die Gesundheit einbüßten, den Witwen und Waisen, die den Ernährer verloren, den armen Kriegsopfern, die ihre gesunden Glieder einem Phantom hinopferten — gut zuzusprechen, und es selbst bedauert, wenn sie abschlägig beschieden werden müssen, aber „gegen das Gesetz läßt sich nichts machen".

Und dieses Gesetz ist gerade auf dem Gebiete der Rentenversorgung trotz allen guten Willens derer, die an dessen Ausarbeitung beteiligt sind, noch recht, recht dürftig. Geldmangel ist jetzt die Hauptursache davon, daß die Gesetzgebung auf diesem Gebiete noch nicht so weit ausgebaut werden konnte, wie dies im Interesse der armen Rentenempfänger zu wünschen wäre. Auch die übergroße Zahl der Rentenansprüche Geltendmachenden wird heute ins Treffen geführt, um die vielen Ablehnungen der Rentenanträge zu rechtfertigen. Aber vor dem Kriege war die Lage der sozialen Rentner auch nichts weniger als glänzend; denn was sollte damals ein Rentner auf seine alten Tage machen, wenn er noch nicht als invalide im Sinne der R. V. O. erklärt wurde, weil er ja die Mindestverdienstgrenze von 110 Mk. jährlich noch erreichen könne.

Natürlich ist es heute gerade für die alten Leutchen, die schwer umlernen und sich in die heutigen Geldverhältnisse nicht zurechtfinden können, um so schwerer zu begreifen, daß sie abschlägig beschieden werden, wenn sie sich doch „so elend fühlen und nicht mehr arbeiten können". Aber an dem abschlägigen Bescheid sind eben nicht nur die Herren des Versicherungs- und des Oberversicherungsamtes schuld, die sich nun einmal an die bestehenden Vorschriften halten müssen. Das einzige, was sie in solchen Fällen eben tun können, ist dann nur, daß sie wenigstens den ablehnenden Bescheid in eine milde Form kleiden. Leider ist das nicht immer der Fall, und die Ablehnung wird dann um so bitterer empfunden, und es ist nicht verwunderlich, daß dann die Erregung oft schroffe Formen annimmt. Sehr viel hängt von dem Urteil des Arztes ab, erklärt er den Antragsteller für arbeitsunfähig, dann steht der Gewährung der Rente gewöhnlich nichts im Wege. Es kommt aber auch sehr oft vor, daß die ärztlichen Gutachten einander widersprechen. Die Kläger berufen sich dann natürlich auch auf das Urteil, das für sie günstig lautet. Die letzte Entscheidung trifft dann aber der gerichtliche Sachverständige, der sein Urteil auf Grund der vorliegenden Gutachten abgibt oder auch den Antragsteller vor der Verhandlung nochmals untersucht.

Am übelsten gestellt sind die alten Frauen, die den Ernährer verloren, dann selbst arbeitsunfähig geworden und auf sich allein angewiesen sind. Zu leichten Hausarbeiten sind sie mehr fähig, aber davon können sie ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Invalidenrente wird erst gewährt, wenn eine Erwerbsbeschränkung von mindestens zwei Drittel vorliegt und die Mindestverdienstgrenze nicht mehr erreicht werden kann. Da aber gerade für diese alten Frauen Arbeitsgelegenheit oft fehlt, erreichen sie natürlich nicht einmal mehr die Verdienstgrenze, Rente erhalten sie auch nicht und sind dann eben auf die öffentliche Wohlfahrtspflege angewiesen. Solche Fälle kommen fast in jeder Sitzung zur Verhandlung. Infolge schwerer Arbeit und schlechter Ernährung vorzeitig gealterte Frauen kommen in das Sitzungszimmer, und es entspinnt sich in solchen Fällen fast immer das gleiche Gespräch.

„Ich kann heute nicht mehr arbeiten, ich habe 8 Kinder gehabt; ich habe starke Krampfadern, starke Schwindelanfälle, lange stehen kann ich auch nicht; ich kann nun nichts mehr verdienen."

„Ja, aber Sie hören ja, der Arzt, der Sie eben untersucht hat, sagt, Sie wären noch nicht invalide und ihre Mindestverdienstgrenze können Sie noch erreichen."

„Ja, wodurch soll ich das verdienen? Es gibt mir ja niemand Arbeit."

„Leichte häusliche Arbeiten können Sie aber noch verrichten."

„Die kann ich doch nur in meinem eigenen Haushalt machen, und dafür bekomme ich nichts."

„Wir können Ihnen hier nicht helfen, wenn der Arzt Sie noch für gesund erklärt, können wir nichts machen."

Weinend und jammernd gehen die Frauen hinaus, machen auch oft ihrem Aerger Luft, daß trotz vielen Markenklebens nun doch keine Rente gewährt werde.

Ein alter Mann hat den Antrag auf Gewährung der Altersrente gestellt. „Bei Ihnen ist nichts zu machen, lieber Freund, Sie haben zu wenig Marken geklebt. Wenn Sie nicht mehr arbeiten können, muß die Gemeinde für Sie sorgen."

Aber Armenhäusler werden, nachdem man ein ganzes Leben sich bemüht hat, sich durch eigene Kraft zu erhalten, niemand zur Last zu fallen. Das ist bitter. Aber es wird nichts anderes übrig bleiben. Man steht ja auf seine alten Tage nun ganz allein da. Zwei Söhne sind im Kriege gefallen, die Tochter hat ihren Mann auch opfern müssen, und die Hinterbliebenenrente reicht für sie und drei Kinder nur notdürftig.

Schwer ist es auch nachzuweisen, ob irgendein Leiden die Folge der Kriegsstrapaze ist, ob also Kriegsdienst- oder überhaupt Dienstbeschädigung vorliegt. Wie oft heißt es da: „Der Arzt sagt, daß die Anlage zu Ihrem Leiden bereits vor dem Kriege bestanden hat, es liegt also keine Dienst- oder Kriegsdienstbeschädigung vor. Ihre Berufung muß als unbegründet zurückgewiesen werden. Es werden Ihnen 10 Mark Kosten auferlegt." — „Ja, aber ich bin doch vorher nie krank gewesen, habe auch alle Strapazen des Krieges mitgemacht, bin als L. n. in der vordersten Linie gewesen, da muß ich doch gesund gewesen sein." — „Das hat gar nichts zu sagen. Im Kriege werden Leute gebraucht, und da . . . . nun, da hat man eben alles genommen, also auch viele, die wegen Untauglichkeit nicht aktiv gedient hatten."

„Ja, aber ohne den Krieg hätte ich das Leiden nicht bekommen, weil ich dann nicht so viele Strapazen gelitten hätte", kann man dann immer wieder hören, aber dieser Einwand nutzt nichts.

Ein junger Mann kommt herein. Er bezieht wegen schwerer psychopathischer Leiden die Militärrente und ist seit seiner Entlassung aus dem Heeresdienst beschäftigungslos. Er will nun die Invalidenrente. Nach dem Gutachten eines Arztes ist er zu verantwortungsvoller Tätigkeit nicht mehr fähig. Der Gerichtsarzt des O. V. A. jedoch erklärt, daß der Antragsteller trotz seines schweren Leidens noch zu leichten Arbeiten im Bureau fähig sei. „Auf Grund dieses Gutachtens müssen wir Ihre Berufung zurückweisen." — „Ja, aber der andere Arzt hat doch gesagt, ich bin erwerbsunfähig und die Erwerbslosenfürsorge hat mir daraufhin auch die Unterstützung verweigert."

„Für uns ist das Urteil des Gerichtsarztes maßgebend, und wir müssen Sie abweisen."

Wer hat hier nun Recht, die Arbeitslosenfürsorge und sein Arzt oder der Gerichtsarzt?

Die Erbitterung über die Abweisung löst oft ganz scharfe Aeußerungen aus, Drohungen, die schließlich verständlich sind, wenn man sich in die Lage der Betreffenden hineinzusetzen bemüht. Die Lage der Sozialrentner ist heute leider schlimmer als je, und ein Bild von ihrer traurigen Lage kann man sich wirklich nur dann machen, wenn man Gelegenheit hat, den Verhandlungen des Oberversicherungsamtes beizuwohnen.

Landesbibliothek Oldenburg